



Rechenschafts- bericht

Obergericht des Kantons
Appenzell Ausserrhoden über
die Zivil-, Straf- und
Verwaltungsrechtspflege

2017

Das Obergericht des Kantons Appenzell Ausserrhoden an den Kantonsrat

Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Als Aufsichtsinstanz über das Gerichtswesen in Zivil-, Straf- und Verwaltungsrechtssachen erstatten wir Ihnen Bericht über die Rechtspflege im Jahr 2017.

Inhalt

1. Übersicht	4
2. Schlichtungsbehörden	6
2.1. Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht	6
2.2. Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben	7
2.3. Vermittlerämter	8
3. Gerichte	9
3.1. Allgemeines	9
3.2. Kantonsgericht	10
3.2.1. Organisation, Allgemeines	10
3.2.2. Statistik	11
3.2.2.1. Zivilprozesse der Gerichtsabteilungen	11
3.2.2.2. Strafprozesse der Gerichtsabteilungen und Einzelrichter	12
3.2.2.3. Jugendstrafverfahren	12
3.2.2.4. Einzelrichterliche Tätigkeit	13
3.3. Obergericht	13
3.3.1. Organisation, Allgemeines	13
3.3.2. Zivil- und Strafrechtspflege	15
3.3.2.1. Zivilprozesse	15
3.3.2.2. Kindes- und Erwachsenenschutz	15
3.3.2.3. Strafprozesse	16
3.3.2.4. Einzelrichterliche Tätigkeit Zivil- und Strafrecht	17
3.3.3. Anwaltswesen (Praktikantenbewilligungen, Anwaltsregister, Anwaltsprüfungen)	18
3.3.4. Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs	19
3.3.5. Verwaltungsrechtspflege	21
3.3.5.1. Eingänge bei den Abteilungen	21
3.3.5.2. Eingänge bei den Einzelrichtern	22
3.3.5.3. Auffällige Entwicklungen	23
3.3.5.4. Geschäftsverteilung	24
3.3.5.5. Anzahl erledigter Prozesse	24
3.3.5.6. Rechtsmittel gegen Urteile des Obergerichts	25
4. Statistik 2017	26

4.1. Schlichtungsbehörden	26
4.1.1. Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht	26
4.1.2. Vermittlerämter	28
4.1.2.1. Kreis 1	28
4.1.2.2. Kreis 2	30
4.1.2.3. Kreis 3	32
4.1.2.4. Neueingänge im Gesamtüberblick	34
4.2. Gerichte	34
4.2.1. Kantonsgericht	34
4.2.1.1. Zivilprozesse mit Eingang bei den Gerichtsabteilungen	34
4.2.1.2. Strafprozesse der Gerichtsabteilungen und Einzelrichter	37
4.2.1.3. Strafprozesse des Jugendgerichts	40
4.2.1.4. Einzelrichter Zivilprozesse	42
4.2.2. Obergericht	44
4.2.2.1. Zivilprozesse	44
4.2.2.2. Kindes- und Erwachsenenschutzrecht	46
4.2.2.3. Strafprozesse	47
4.2.2.4. Einzelrichter Zivil- und Strafrecht	51
4.2.2.4.1. Zivilprozesse	51
4.2.2.4.2. Strafprozesse	53
4.2.2.4.3. Neueingänge bei den Einzelrichtern im Gesamtüberblick	55
4.2.2.5. Anwaltsaufsichtskommission	55
4.2.2.6. Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs	57
4.2.2.7. Weiterzüge an das Bundesgericht im Bereich Zivil- und Strafrecht	58
4.2.2.8. Konkursverfahren im Jahr 2017	59
4.2.2.9. Betreibungsverfahren im Jahr 2017	60
4.2.2.10. Abteilungen Verwaltungsrecht	61
4.2.2.11. Einzelrichter Verwaltungsrecht	63
4.2.2.12. Weiterzüge an das Bundesgericht im Bereich Verwaltungsrecht	66
5. Verzeichnis der richterlichen Behörden und Angestellten	67

1. Übersicht

Bei der **Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht** ist die Anzahl Neueingänge im Berichtsjahr mit 104 Fällen (Vorjahr: 101) praktisch unverändert geblieben. Die Schlichtungsstelle erledigte 98 Fälle und erteilte zahlreiche telefonische (343), schriftliche (14) und persönliche (20) Auskünfte. Die Erfolgsquote bei den Einigungen lag bei beachtlichen 60 %.

Bei der **Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben** waren auch 2017 keine Neueingänge zu verzeichnen. In einem Fall wurde telefonisch Auskunft erteilt.

Mit 240 (Vorjahr: 252) neuen Begehren war bei den **Vermittlerämtern** im Berichtsjahr ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Erledigt wurden 2017 in den drei Vermittleramtskreisen insgesamt 241 Fälle. Die Erfolgsquote betrug 2017 erfreulich hohe 65 %.

Bei den Zivilabteilungen des **Kantonsgerichts** blieben die Neueingänge mit deren 144 (Vorjahr 145) praktisch gleich. Dasselbe gilt mit insgesamt 66 (68) Neueingängen punkto Strafprozesse; davon entfielen 7 (11) auf die Abteilungen und 59 (57) auf die Einzelrichterin bzw. die Einzelrichter. Beim Jugendgericht gingen im Berichtsjahr lediglich 2 (1) neue Verfahren ein. Bei den einzelrichterlichen Zivilfällen ist mit 1181 (1086) Neueingängen eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Im Berichtsjahr wurden 142 Abteilungsfälle im Zivilrecht und deren 6 im Strafrecht erledigt. Die Einzelrichterin und Einzelrichter erledigten 1'152 zivil- und 57 strafrechtliche Verfahren. Die 2 neu eingegangenen Jugendstrafverfahren konnten noch im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

Beim **Obergericht** war mit 12 Neueingängen bei den Zivilprozessen eine leichte Zunahme gegenüber dem Vorjahr (9) zu verzeichnen; bei den Strafprozessen verharrten sie mit 38 (39) neuen Fällen auf dem hohen Vorjahresniveau. Mit 7 (15) Neueingängen im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes sank die Zahl auf die Hälfte der Vorjahre. Im Verwaltungsrecht war mit 125 (107) neuen Verfahren bei den Abteilungen eine Zunahme zu verzeichnen. Bei den Einzelrichtern des Obergerichts gingen in den Bereichen Zivil- und Strafrecht insge-

samt lediglich 46 (84) neue Verfahren ein; im verwaltungsrechtlichen Bereich waren es deren 69 (80).

Erledigt wurden im Berichtsjahr 12 Abteilungsfälle im Zivil- und 34 im Strafrecht sowie 12 Kindes- und Erwachsenenschutzfälle. Verwaltungsrechtliche Abteilungsfälle wurden 97 abgeschlossen. Ferner erledigten die Einzelrichter 28 Verfahren aus den Bereichen Zivil- und Strafrecht sowie 71 Verfahren aus dem Verwaltungsrecht.

Bei der **Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs** verdoppelte sich die Geschäftslast mit 17 Neuzugängen gegenüber dem Vorjahr (9) praktisch. Erledigt werden konnten im Berichtsjahr 17 Verfahren.

Bei den **Betreibungsämtern** erreichten die Eingänge bei den Zahlungsbefehlen mit 13'323 (13'171) einen erneuten Höchststand. Bei den **Konkursamtszweigstellen** waren im Berichtsjahr 105 (Vorjahr 119) neue Konkurse eingegangen; sie lagen damit im Durchschnitt der letzten Jahre.

Im Bereich **Anwaltswesen** waren bei der **Anwaltsaufsichtskommission** 10 (6) Neueingänge zu verzeichnen. Im Berichtsjahr konnten 10 Fälle erledigt werden.

Im Übrigen nahm auch in diesem Berichtsjahr die Geschäftstätigkeit ihren gewohnten Gang.

2. Schlichtungsbehörden

2.1. Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht

Im Jahre 2017 waren 104 Neueingänge (Vorjahr 101) zu verzeichnen und 8 Fälle aus dem Jahr 2016 zu übernehmen. Somit waren im Jahre 2017 insgesamt 112 Fälle zu behandeln. Davon waren Ende 2017 noch 14 Fälle pendent, wovon 10 Fälle erst im Dezember eingegangen waren. Es waren mithin 98 (110) Verfahren in 25 Sitzungen der Schlichtungsbehörde erledigt worden, wobei sich die Verhandlungen mehrheitlich auf die Vormittage beschränkten. Im Juli, September und Dezember wurde zusätzlich zum Vormittag auch am Nachmittag verhandelt. Die Verfahren konnten alle bis auf sechs Fälle innerhalb von 0–3 Monaten erledigt werden. Die längeren Verfahrensdauern in den sechs Fällen sind auf Terminverschiebungen zurückzuführen.

Thematisch lagen die Schwerpunkte bei Forderungen aus dem Mietverhältnis (30 Fälle), Gesuchen um Mietzinsherabsetzung (25 Fälle) und Kündigungsanfechtungen bzw. Mieterstreckungen (23 Fälle). Die Gesuche um Mietzinsherabsetzung (25 Fälle; Vorjahr 11) nahmen wieder deutlich zu, was infolge des gesunkenen Referenzzinssatzes zu erwarten war. Im Vergleich zum Vorjahr gab es fast gleich viele Fälle bei den Anfechtungen von Nebenkostenabrechnungen (3 Fälle; Vorjahr 4). Bei den Anfechtungen der Mietzinserhöhung hat sich nichts verändert (2 Fälle; Vorjahr 2). Die Verfahren wegen Mängeln (9 Fälle; Vorjahr 6) blieben ungefähr auf dem gleichen Niveau. Von den neun Fällen wurden in 8 Fällen Mietzinse bei der Schlichtungsstelle hinterlegt.

Eine Einigung zwischen den Parteien (Vergleich, Klageanerkennung oder Klagerückzug) war in 59 Fällen (Vorjahr 71) erzielt worden. Dies entspricht einem Anteil von 60.2 %. Bei 35 Verfahren (Vorjahr 31) war es zu keiner Einigung gekommen, was zur Erteilung einer Klagebewilligung führte. Davon wurden 18 an den Einzelrichter des Kantonsgerichts weitergezogen. Betrachtet man die Zahlen der vergangenen Jahre (2016: 64.5 %, 2015: 63.9 %) lag die Zahl der Einigungen zwischen 60 % und 65 %. Die jeweilige Erfolgsquote lag auch in diesem Jahr bei etwas über 60 %. Im gesamtschweizerischen Vergleich (Jahr 2016: durchschnittlich 50.4 %; gemäss Medienmitteilung des Bundesamtes für Wohnungswesen BWO) liegt die Einigungsquote für den Kanton Appenzell Ausserrhoden erfreulicherweise höher.

Die Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht und die Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben trafen sich überdies zum jährlichen Gesamtanlass.

Erste Erfahrungen infolge der gekürzten Beratungs- und Öffnungszeiten konnten gemacht werden. Es kam weder zu nennenswerten Problemen infolge der Kürzung, noch gingen schriftliche Beschwerden diesbezüglich ein. Ebenfalls wurde die Homepage der Schlichtungsstellen (www.ar.ch/gerichte/vermittler-und-schlichtungsstellen/schlichtungsstelle-fuer-miete-und-nichtlandwirtschaftliche-pacht/ beziehungsweise www.ar.ch/gerichte/vermittler-und-schlichtungsstellen/schlichtungsstelle-bei-diskriminierung-im-erwerbsleben/) aktualisiert und benutzerfreundlich aufgebaut. Öffnungszeiten sowie weitere Informationen sind dort abrufbar. Bezüglich der telefonischen Auskünfte hat sich die Anzahl erhöht und wieder an die Vorjahre angepasst. Der Rückgang betraf somit nur das Jahr 2016. Das Sekretariat der Schlichtungsstelle erteilte 343 (Vorjahr 219) telefonische Auskünfte, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 56.6% entspricht.

Ebenfalls wurden 14 (Vorjahr 4) umfangreichere schriftliche Auskünfte erteilt. Unter Berücksichtigung der Vorjahrszahlen waren diese insgesamt leicht rückgängig.

Bei den persönlichen Beratungen gab es keine signifikanten Veränderungen. Es fanden 20 (Vorjahr 24) Beratungen statt.

Bei der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht waren keine personellen Änderungen zu verzeichnen.

2.2. Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben

Die Schlichtungsstelle hatte im Jahr 2017 keinen Fall zu beurteilen, wurde jedoch in 1 Fall telefonisch um Auskunft ersucht, stellte dabei aber fest, dass das beschriebene arbeitsrechtliche Problem nicht in den Zuständigkeitsbereich der Schlichtungsstelle fiel. Ebenfalls ergaben sich bei der Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben keine personellen Änderungen.

2.3. Vermittlerämter

Mit 240 Neueingängen war 2017 gegenüber dem Vorjahr (252) ein Rückgang zu verzeichnen. Diese Anzahl Neueingänge entspricht dem zweittiefsten Wert seit Inkrafttreten der Schweizerischen Zivilprozessordnung im Jahr 2011, liegt jedoch immer noch im normalen Schwankungsbereich der letzten Jahre. Dabei fällt auf, dass im Kreis 1 (Hinterland) die Anzahl der Neueingänge praktisch stabil geblieben ist, währenddem diese im Kreis 2 (Mittelland) erheblich gesunken und im Kreis 3 (Vorderland) angestiegen sind.

Die Gesamtzahl der Vermittlungsbegehren hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
279	220	263	278	278	303	221	252	240

Von den im Berichtsjahr erledigten 241 (251) Verfahren war in allen Vermittleramtskreisen wiederum ein Grossteil den Rechtsgebieten Arbeitsvertrags- und Auftragsrecht sowie übrigen Rechtsgebieten zuzuordnen. Augenfällig ist im Kreis 1 die erhebliche Zunahme bei den übrigen Verträgen nach OR, währenddem in den beiden anderen Kreisen die Fallzahlen in dieser Rubrik tief waren. Im Berichtsjahr waren lediglich insgesamt 5 (Vorjahr 15) Gesuche um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege behandelt worden.

In den drei Vermittleramtskreisen wurden insgesamt 83 (85) Klagebewilligungen bei Nichteinigung und 1 (3) nach Ablehnung des Urteilsvorschlags erteilt. Im Weiteren wurden den Parteien 7 (13) Urteilsvorschläge unterbreitet, wovon deren 6 (10) angenommen wurden. Ferner wurden 20 (24) Entscheide verfasst, welche alle in Rechtskraft erwachsen. Zuzufolge Vergleichs, Klageanerkennung, Gegenstandslosigkeit (Säumnis), Rückzug oder aus anderen Gründen konnten 130 (126) Fälle abgeschlossen werden. Die Erfolgsquote lag unverändert bei sehr guten 65 % (65 %). 40 (41) Verfahren waren am Ende des Berichtsjahrs pendent (vgl. Statistik Ziffer 4.1.2).

3. Gerichte

3.1. Allgemeines

Bezüglich der Entwicklung der Geschäftslast wird auf die vorhergehende Übersicht und die nachfolgend kommentierten Zahlen verwiesen.

Im Rahmen des Projekts ECM – Enterprise Content Management – machten beide Gerichtsinstanzen weiterhin rege von der Möglichkeit Gebrauch, Aktendossiers mit Hilfe eines Scanning-Gerätes elektronisch zu erfassen und diese den nebenamtlichen Richtern und Richterinnen über ein gesichertes Login zur Verfügung zu stellen. Das Scanning der Gerichtsakten ermöglicht es, die Zirkulationsdauer der Akten zu verkürzen und erhöht die Flexibilität bei den Verfahrensabläufen.

Auch im Berichtsjahr gingen beim Kantonsgericht nur sehr wenige und beim Obergericht überhaupt keine elektronischen Eingaben ein.

Beim Bundesgericht laufen seit einiger Zeit Bestrebungen, gerichtliche Verfahren in Zukunft ausschliesslich elektronisch zu führen. D.h. dass die Parteien, Behörden und Beteiligten die Eingaben elektronisch machen und Dokumente ebenso empfangen. Damit der nötige Handlungsbedarf für das elektronische Gerichtsossier und den elektronischen Rechtsverkehr in der Justiz entsteht, braucht es zunächst ein gesetzliches Obligatorium. Diesbezüglich hat sich die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) Ende 2016 an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) gewandt. Ein noch nicht gelöstes Problem ist zum Beispiel die Frage, wie Eingaben von nicht professionellen Nutzern erfasst werden sollen. Das Projekt ist aber nicht nur von der technischen Seite her anspruchsvoll, sondern auch wegen der föderalistischen Organisation der Gerichte in der Schweiz. Ein Nebeneinander verschiedener Lösungen soll mittels eines Kooperationsvertrages vermieden werden. Auch wenn vorgesehen ist, dass das Bundesgericht und der Bund einen Teil des finanziellen Aufwandes tragen bzw. gewisse Investitionen tätigen, dürften auf die Kantone ebenfalls nicht unbeträchtliche Kosten zukommen. Projektstart für das Bundesgericht und – bis Ende Oktober 2017 – acht Kantone ist im Februar 2018. Parallel dazu soll im Sommer 2018 am Bundesgericht ein sogenannter virtueller Richterarbeitsplatz eingerichtet werden.

Aus der Rückforderung von Geldern von Personen, welchen die unentgeltliche Rechtspflege und Rechtsverbeiständung oder die amtliche Verteidigung gewährt wurde, konnten im Berichtsjahr Eingänge für beide Gerichtsinstanzen von insgesamt 91'194 Franken (Vorjahr 30'568 Franken) verbucht werden. Davon entfallen 5'952 Franken auf das Obergericht sowie 85'242 Franken auf das Kantonsgericht.

3.2. Kantonsgericht

3.2.1. Organisation, Allgemeines

In personeller Hinsicht war das Amtsjahr 2017 geprägt von zahlreichen personellen Wechseln. Vizepräsidentin Dr. oec. Eva Ziegler beendete per Ende Juli 2017 ihre langjährige berufliche Tätigkeit als vollamtliche Richterin am Kantonsgericht und trat in den Ruhestand über. Ihre Nachfolgerin, lic. iur. Caroline Nordin, war bereits am 20. Februar 2017 durch den Kantonsrat gewählt worden und trat das Amt am 1. August 2017 an, so dass ein nahtloser Übergang gewährleistet war. Per Ende der Amtsdauer schieden überdies die nebenamtliche Richterin Vera Caroni sowie der nebenamtliche Richter Johann Kreuzinger aus dem Kantonsgericht aus. Der Kantonsrat wählte an ihre Stelle Angelina Manser, Waldstatt, sowie Martin Rentsch, Heiden, die das Amt per 1. Juni 2017 antraten. Auf Stufe der Gerichtsschreiber wechselte lic. iur. Thomas Kern per 1. März 2017 in die Advokatur nach St. Gallen. Seine Nachfolge traten MLaw Beatrice Badilatti, St. Gallen, sowie MLaw Gabriela Frehner, St. Gallen, im Jobsharing mit je einem 50 %-Pensum an. Beide konnten die Stelle infolge Mutterschaft erst am 1. November 2017 antreten. Mit lic. iur. Alexander Louis, einem ehemaligen Praktikanten des Kantonsgerichts, konnte eine geradezu ideale Stellvertretung zur Überbrückung der Vakanz in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober 2017 gefunden werden. Schliesslich war mit Erika Schefer auch in der Gerichtskanzlei ein Austritt zu verzeichnen. Sie wurde nach langjähriger Tätigkeit in der Gerichtskanzlei per 31. Juli 2017 pensioniert. Am 1. Juli 2017 vollzog Irene Wüst einen internen Wechsel von der Summarkanzlei an die Stelle von Erika Schefer bei der Kanzlei der Gerichtsabteilungen. Gleichentags trat Beatrice Kieninger, Oberegg, die Nachfolge von Irene Wüst in der Summarkanzlei an. Wie schon in den Vorjahren konnten auch im Berichtsjahr wiederum drei juristische Praktikanten und Praktikantinnen am Kantonsgericht ausgebildet werden.

Die neuen Gerichtsmitglieder sowie Mitarbeitenden der Gerichtskanzlei arbeiteten sich rasch in ihre neuen Aufgabenbereiche ein und trugen somit wesentlich dazu bei, dass die zahlreichen personellen Wechsel mit einer Konzentration in den Sommermonaten zu keinen nennenswerten Friktionen führten. Ganz im Gegenteil funktionierte der Gerichtsbetrieb jederzeit einwandfrei, und es kam zu keinen Verfahrensverzögerungen, wie die nachfolgende Jahresstatistik aufzeigt. Vor dem Hintergrund, dass es immerhin bei rund einem Drittel aller Stellen des Gerichts im Berichtsjahr zu einem Wechsel kam, ist dies eine beachtliche Leistung. Den neuen Teammitgliedern, jedoch auch den Kolleginnen und Kollegen, welche den nicht unerheblichen Einarbeitungsaufwand getragen haben, sei an dieser Stelle für ihren grossen Einsatz herzlich gedankt.

Im Berichtsjahr fand wiederum keine konstituierende Sitzung statt. Stattdessen wurde am 19. Mai 2017 ein Anlass des Gesamtgerichts mitsamt der Gerichtskanzlei durchgeführt. Eva Ziegler organisierte anlässlich ihrer bevorstehenden Pensionierung zunächst einen spannenden Vortrag von Prof. Dr. med. Roland Hausmann, Chefarzt am Institut für Rechtsmedizin des Kantonsspitals St. Gallen. Zudem offerierte sie im Anschluss daran einen reichhaltigen Aperitif. Schliesslich genossen die Teilnehmer ein gemeinsames Abendessen sowie das gemütliche Beisammensein. Zu Ehren der scheidenden Gerichtsmitglieder und Mitarbeitenden fand in diesem Rahmen auch eine Würdigung durch die Gerichtsleitung und übrige Gerichtsmitglieder statt.

3.2.2. Statistik

3.2.2.1. Zivilprozesse der Gerichtsabteilungen

Zu Beginn des Berichtsjahres mussten mit insgesamt 112 Verfahren etwas mehr Pendenzen als im Vorjahr (107) übernommen werden. Die Zahl der Neueingänge bewegte sich mit 144 neuen Verfahren im gleichen Rahmen wie im Vorjahr (145), woraus eine Geschäftslast von 256 Verfahren resultierte, die sich nur unwesentlich vom Vorjahr (252) abhebt. Im Jahr 2017 konnten 142 Fälle zum Abschluss gebracht werden (Vorjahr 140). Somit waren am Jahresende noch 114 Verfahren auf das Folgejahr zu übertragen, was nahezu der Zahl des Vorjahres (112) entspricht. Mit insgesamt 110 von 142 erledigten Fällen bildeten auch im Jahr 2017 wieder die Ehescheidungen das Schwergewicht in dieser Verfahrenskategorie.

Auch im Jahr 2017 waren wie schon im Vorjahr nach 3 Monaten Verfahrensdauer wieder knapp 40 % der Verfahren abgeschlossen. Innert eines halben Jahres konnten knapp 60 % (Vorjahr 60 %) und innert eines Jahres rund 78 % (knapp 80 %) aller Abteilungsziivilfälle erledigt werden. Nach eineinhalb Jahren Verfahrensdauer waren rund 85 % der Fälle (Vorjahr 87 %) abgeschlossen. Lediglich knapp 8 % aller Abteilungsziivilverfahren nahmen eine Verfahrensdauer von zwei Jahren oder mehr in Anspruch (Vorjahr knapp 9 %).

3.2.2.2. Strafprozesse der Gerichtsabteilungen und Einzelrichter

Aus dem Vorjahr wurden gesamthaft 12 pendente Verfahren (Vorjahr 7) übernommen, wobei deren 3 auf die Gerichtsabteilungen (1) und deren 9 auf die Einzelrichter in Strafsachen (6) entfielen. Die Neueingänge bewegten sich mit 66 Fällen im Rahmen des Vorjahres (68). Sie setzten sich aus 7 Abteilungsverfahren (11) und 59 Einzelrichterverfahren (57) zusammen. Die Geschäftslast betrug damit insgesamt 78 Verfahren, was im Vergleich zum Vorjahr (75) eine leichte Zunahme bedeutete. Davon konnten im Berichtsjahr total 63 Verfahren erledigt werden, was annähernd der Zahl des Vorjahres (65) entspricht. Dazu zählten 6 Abteilungsstrafverfahren (9) sowie 57 Einzelrichterstrafverfahren (56). Zum Jahresende waren somit noch insgesamt 15 Fälle (10) auf das Folgejahr zu übertragen; davon 4 Abteilungsfälle (3) und 11 Einzelrichterverfahren (7).

Die Abteilungen des Kantonsgerichts konnten rund 50 % der Fälle innert drei Monaten abschliessen (Vorjahr 45 %). Innert sechs Monaten waren 83 % der Verfahren erledigt (80 %). Lediglich ein Verfahren nahm eine Dauer von einem bis eineinhalb Jahren in Anspruch.

Innert drei Monaten wurden zirka 82 % aller Einzelrichterverfahren abgeschlossen (Vorjahr 80 %). Nach Ablauf eines halben Jahres waren rund 93 % der Verfahren erledigt (95 %). Schliesslich konnten sämtliche Fälle innert einer Frist von längstens einem Jahr zum Abschluss gebracht werden (100 %).

3.2.2.3. Jugendstrafverfahren

Zu Beginn des Berichtsjahres hatte das Jugendgericht keine pendenten Verfahren zu verzeichnen (Vorjahr 1). Wie schon in den Vorjahren blieb die Geschäftslast mit lediglich zwei neu eingegangenen Fällen während des Jahres tief (Vorjahr 2). Diese konnten bis zum Jahresende

abgeschlossen werden, so dass wiederum keine Pendenzen auf das Folgejahr zu übertragen waren (Vorjahr 0).

Sämtliche Verfahren konnten wie schon im Vorjahr innert sechs Monaten zum Abschluss gebracht werden.

3.2.2.4. Einzelrichterliche Tätigkeit

Bei den einzelrichterlichen Zivilfällen waren aus dem Jahr 2016 insgesamt 225 Verfahren hängig geblieben (Vorjahr 242). Hinzu kamen 1'181 neu eingegangene Verfahren, was wieder eine leichte Zunahme im Vergleich zum Vorjahr (1'086) bedeutete. Damit stieg die Geschäftslast mit total 1'406 Fällen wieder fast auf das Niveau des Jahres 2015 an (Vorjahr 1'328). Die Erledigungsquote konnte im Vergleich zum Vorjahr (1'102) nochmals auf 1'152 Verfahren gesteigert werden, so dass am Jahresende noch 254 Fälle (Vorjahr 225) auf das Folgejahr zu übernehmen waren. Ein kurzer Blick auf die Art der erledigten Fälle zeigt, dass die deutlichsten Zunahmen vorwiegend bei den Schuldbetreibungs- und Konkursfällen, den vorläufigen Eintragungen von Bauhandwerkerpfandrechten sowie der unentgeltlichen Rechtspflege zu verzeichnen waren.

Wie schon im Vorjahr konnten auch 2017 wieder 83 % aller Einzelrichterzivilverfahren innert drei Monaten abgeschlossen werden. Nach rund sechs Monaten waren 92 % (Vorjahr 92 %) erledigt. Nach einem Jahr waren wiederum 98 % der Verfahren (98 %) zum Abschluss gebracht. Nur gerade rund 2 % aller Fälle bedurften einer Verfahrensdauer von über einem Jahr (2 %).

3.3. Obergericht

3.3.1. Organisation, Allgemeines

Die Zuständigkeit für Beschwerden im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutzrecht wurde per 1. Juni 2017 neu von der 1. Abteilung in die 2. Abteilung verlegt.

Auf Ende September 2017 ist lic. iur. Toni Bienz vorzeitig in den wohlverdienten Ruhestand übergetreten. Sozusagen als Gerichtsschreiber der ersten Stunde hat er am 1. Januar 1995 an dem damals neu geschaffenen Verwaltungsgericht seine Tätigkeit aufgenommen und während

22 Jahren die Organisation und Rechtsprechung in den öffentlich-rechtlichen Abteilungen mitgeprägt. Seine Nachfolge hat am 1. Oktober 2017 lic. iur. Daniel Hofmann angetreten.

Die Richterbesetzungen in den vier Abteilungen des Obergerichts blieben auch im Jahr 2017 unverändert. Auf Ende des Amtsjahres 2017 ist Obergerichtsvizepräsident Walter Kobler aus organisatorischen Gründen aus der Anwaltsaufsichtskommission zurückgetreten. Der dadurch frei gewordene sowie die beiden per Ende 2016 noch vakanten Sitze in der Kommission konnten mit der Wahl der Rechtsanwälte lic. iur. Felix Ludwig und lic. iur. Fidel Cavelti sowie von Oberrichter Dr. iur. Marc Winiger neu besetzt werden. Dr. iur. Marc Winiger wurde zudem für den ausscheidenden lic. iur. Toni Bienz als Ersatzmitglied in die Anwaltsprüfungskommission gewählt.

Anfangs Januar 2017 hat MLaw Nicolas Lavelanet sein einjähriges Praktikum auf der Obergerichtskanzlei angetreten.

Im Zusammenhang mit der vom Bundesgericht und einigen zweitinstanzlichen Gerichten intensiv angestrebten bundesrechtlichen Regelung des elektronischen Gerichtsdossiers und -Rechtsverkehrs (vgl. vorne Ziff. 3.1) werden vom Obergericht in naher Zukunft weitere Entscheide zu fällen sein. Beispielsweise ob die appenzell-ausserrhodische Gerichts- und Verwaltungspraxis AR GVP einzig noch in elektronischer oder weiterhin auch noch in Papierform publiziert werden soll, wie die Entscheide der Gerichte im Internet schnell und zuverlässig gesucht werden können etc. Die Gerichtsleitung wird sich zunehmend mit solchen Fragen zu befassen haben, um eine moderne und kundenfreundliche Gerichtsorganisation sicherstellen zu können.

Das Gericht hat die anfallenden Geschäfte an insgesamt einer Ganz- und 36 Halbtages-Sitzungen behandelt.

	ganze Tage	halbe Tage
1. Abteilung	1 (1)	10 (11)
2. Abteilung	0 (0)	7 (7)
3. Abteilung	0 (0)	8 (9)
4. Abteilung	0 (0)	11 (9)
Total	1 (1)	36 (36)

3.3.2. Zivil- und Strafrechtspflege

3.3.2.1. Zivilprozesse

Zu den aus dem Vorjahr pendent gebliebenen 10 (16) Verfahren kamen im Berichtsjahr bei den Abteilungen 12 (9) Neueingänge, wovon 3 direkt geleitete Verfahren. In zwei Fällen wurde auf das Rechtsmittel nicht eingetreten, weil formelle Voraussetzungen nicht erfüllt waren. In weiteren zwei Fällen erfolgte je eine Abschreibung des Verfahrens zufolge Rückzug bzw. Anerkennung. Von den 8 materiell beurteilten Prozessen erfolgte in 5 Fällen, in denen eine Partei den erstinstanzlichen Entscheid mit Berufung an das Obergericht weitergezogen hatte, eine Abweisung und in einem Fall, in dem beide Parteien gegen den erstinstanzlichen Entscheid Berufung erklärt hatten, je eine teilweise Gutheissung der Berufungsanträge. In einem direkt geleiteten Fall, bei dem es um eine Forderung aus Urheberrecht ging, erfolgte die Gutheissung der Klage. 10 (10) Verfahren blieben wiederum pendent.

Von den 3 im Berichtsjahr gegen Abteilungs-Entscheide des Obergerichts erhobenen zivilrechtlichen Beschwerden beim Bundesgericht wurde eine teilweise gutgeheissen und zur neuen Kostenverlegung zurückgewiesen. Abgewiesen wurde eine der beiden im Vorjahr beim Bundesgericht pendent gebliebenen Beschwerden. Per 31.12.2017 waren beim Bundesgericht 3 Beschwerden noch pendent.

3.3.2.2. Kindes- und Erwachsenenschutz

Mit lediglich 7 (15) Neueingängen ist bei den Beschwerden im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes ein merklicher Rückgang zu verzeichnen, nachdem die Fallzahlen der letzten Jahre konstant bei 14 bis 18 Neueingängen lagen. Aus dem Vorjahr waren 10 (7) Verfahren zu übernehmen. Von den im Berichtsjahr erledigten 12 Verfahren erfolgte in 4 (2) Fällen eine materielle Beurteilung; dabei wurden 3 Beschwerden abgewiesen und 1 teilweise gutgeheissen. In 2 Fällen wurde auf das Rechtsmittel nicht eingetreten. Zuzufolge Rückzug oder Gegenstandslosigkeit wurden 6 (6) Verfahren erledigt. Am Ende des Berichtsjahrs blieben 5 Verfahren pendent.

Von den im Berichtsjahr gegen obergerichtliche Entscheide erhobenen zwei Beschwerden an das Bundesgericht erfolgte in einem Fall betreffend Zustimmung zu einem Liegenschaftsverkauf die Gutheissung der

Beschwerde und Rückweisung zu neuer Beurteilung an das Obergericht. Die andere Beschwerde war am Ende des Berichtsjahres noch nicht entschieden.

3.3.2.3. Strafprozesse

Die Neueingänge hielten sich mit deren 38 im Rahmen der beiden Vorjahre (je 39); dabei handelte es sich um 14 Berufungen und 21 Beschwerden gegen vorinstanzliche Entscheide oder Prozesshandlungen sowie um zwei Ausstandsbegehren und ein Gesuch um Wiederherstellung einer verpassten Frist. Aus dem Vorjahr waren 23 pendent gebliebene Verfahren zu übernehmen. Im Berichtsjahr wurden 34 (43) der insgesamt 61 (66) Verfahren beurteilt oder prozessual erledigt.

Von den durch die Staatsanwaltschaft erklärten Berufungen gegen erstinstanzliche Entscheide hiess das Obergericht 1 teilweise gut und wies 1 ab. Von den durch Beschuldigte eingelegten und durch das Obergericht überprüften Berufungen wurden 1 vollumfänglich und 6 teilweise gutgeheissen, in 2 Fällen erfolgte die Abweisung. In 7 Fällen wurde auf die Berufung nicht eingetreten, wobei es sich ausschliesslich um Fälle handelte, in denen eine Partei die Berufung gegen den erstinstanzlichen Entscheid angemeldet, jedoch nach Erhalt der Urteilsbegründung keine Berufungserklärung beim Obergericht eingereicht hatte. In diesen Fällen hat ein Nichteintretensentscheid zu ergehen.

Eine durch einen Beschuldigten und 2 durch Privatkläger eingereichte Beschwerden wurden gutgeheissen. Teilweise gutgeheissen und die Sache zur Neubeurteilung an die Vorinstanz zurückgewiesen wurden 3 Beschwerden von Privatkägern sowie diejenige eines Beschuldigten. Eine Beschwerde eines Beschuldigten sowie deren 2 von Privatkägern wurden abgewiesen. Auf 3 Beschwerden von Privatkägern sowie deren 2 von Beschuldigten wurde nicht eingetreten, weil die prozessualen Voraussetzungen nicht erfüllt waren.

Auch 2017 blieb eine hohe Anzahl von 27 (23) Verfahren pendent; davon waren 5 Berufungen und 22 Beschwerden. 11 Pendenzen sind dabei auf die Sistierung von Beschwerdeverfahren der gleichen Person zurückzuführen.

Im Berichtsjahr wurde gegen keinen Abteilungs-Entscheid des Obergerichts Beschwerde in Strafsachen beim Bundesgericht eingereicht. Von den beiden im Vorjahr pendent gebliebenen Beschwerden von Beschuldigten wurde vom Bundesgericht eine abgewiesen; die andere wurde gutgeheissen und die Sache zu neuem Entscheid an das Obergericht zurückgewiesen.

Nähere Angaben zu Erledigungsart, Anklagegegenstand und Verfahrensdauer sind im statistischen Anhang in Ziffer 4.2.2.3 ersichtlich.

3.3.2.4. Einzelrichterliche Tätigkeit Zivil- und Strafrecht

Im Bereich des Zivilrechts waren 20 (36) Neueingänge von der Vorinstanz und 11 (22) neue Gesuche um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege in einem Hauptverfahren zu verzeichnen, was im Vergleich der letzten 5 Jahre (vgl. Statistik Tabelle 4.2.2.4.1 im Anhang) einem Rückgang bei den Neueingängen von rund 50 % entspricht. Eine Erklärung dafür gibt es nicht. Ob es sich um einen statistischen Ausreisser handelt oder einen Trend einleitet, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Zu den insgesamt 31 Neueingängen kamen 7 Pendenzen aus dem Vorjahr. Beurteilt bzw. durch Abschreibungsbeschlüsse oder Prozessentscheide erledigt wurden insgesamt 28 (57) Verfahren, Von den dabei erledigten 11 Gesuchen um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege wurden 7 gutgeheissen, 3 abgewiesen und eines zufolge Rückzug abgeschrieben. Am Ende des Berichtsjahrs blieben 10 Verfahren pendent.

Im Strafrecht war ein Zugang von 15 (26) neuen Fällen zu verzeichnen; dazu kamen 5 Pendenzen aus dem Vorjahr. Beurteilt bzw. durch Abschreibungsbeschlüsse oder Prozessentscheide erledigt wurden 18 Verfahren, darunter 7 Gesuche um Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege bzw. der amtlichen Verteidigung in einem Hauptverfahren; 3 Gesuche wurden gutgeheissen, 3 abgewiesen und auf eines wurde nicht eingetreten. 2 strafrechtliche Verfahren blieben pendent.

68 % (77 %) der zivilrechtlichen und 80 % (84 %) der strafrechtlichen Verfahren wurden innert drei Monaten erledigt (vgl. Statistik Tabelle 4.2.2.4).

Im Berichtsjahr wurde gegen 4 (3) einzelrichterliche Entscheide zivilrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht erhoben; dieses trat auf 3 Beschwerden nicht ein und wies eine ab.

Weiter wurden 5 (2) strafrechtliche Entscheide mittels Beschwerde an das Bundesgericht weitergezogen. Dieses trat auf 3 der Beschwerden nicht ein und wies deren 2 ab. Ebenfalls nicht eingetreten ist das Bundesgericht auf die 2 per Ende 2016 pendent gebliebenen strafrechtlichen Beschwerden.

Bis anhin hatte das Obergerichtspräsidium Bewilligungen nach dem Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht sowie nach dem Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland zu prüfen; es war gemäss Art. 5 der kantonalen Verordnung zum Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht Aufsichtsbehörde, die gegen Entscheide der Bodenrechtskommission Beschwerde führen konnte. Diese Bestimmung wurde per 1. Januar 2017 dahingehend angepasst, als der Regierungsrat eine verwaltungsunabhängige Aufsichtsbehörde im Sinne von Art. 90 Abs. 1 lit. b BGG bestimme, welche nun die Entscheide prüft und Beschwerde beim Obergericht einreichen kann.

Im Einzelnen gibt der statistische Anhang einen Überblick über die zweitinstanzliche Einzelrichtertätigkeit (vgl. Statistik Tabelle 4.2.2.4).

3.3.3. Anwaltswesen (Praktikantenbewilligungen, Anwaltsregister, Anwaltsprüfungen)

a) Obergericht

Gesuche um Zulassung zur ausserrhodischen Anwaltsprüfung	2	(2)
Anwaltsbewilligungen gestützt auf die kantonale Fähigkeitsprüfung:	0	(2)

b) Anwaltsaufsichtskommission

Praktikantenbewilligungen	1	(0)
Registrierungsgesuche in das kant. Anwaltsregister bzw. in die EU-Anwaltsliste	0	(1)
Löschungen aus dem kant. Anwaltsregister	5	(1)
Registrierungsgesuche als öffentliche Urkundsperson	1	(1)
Übriges (Disziplinarverfahren, Honorarprüfungen etc.)	3	(3)

Zu den 2 pendenten Verfahren vom Vorjahr waren im Berichtsjahr 10 (6) Neueingänge gekommen. 2017 hatte die Aufsichtskommission 10 Fälle behandelt. Während das Ende 2016 noch pendente Verfahren wegen Verletzung von Berufsregeln sowie das Gesuch um Befreiung vom Berufsgeheimnis an einer Sitzung der Aufsichtskommission entschieden wurden, erfolgte die Erledigung der 8 weiteren Geschäfte auf dem Zirkularweg. Letztere betrafen 5 Gesuche um Löschung aus dem Anwaltsregister – teils zusammen mit der Löschung aus dem Register der öffentlichen Urkundspersonen – ein Gesuch um Registrierung als öffentliche Urkundsperson sowie eines um Erteilung der Praktikantenbewilligung; sämtliche Gesuche wurden gutgeheissen. In dem beurteilten Verfahren wegen Verletzung von Berufsregeln kam die Aufsichtskommission zum Schluss, dass keine Gründe für eine Disziplinierung des angezeigten Anwalts vorlagen.

Am Ende des Berichtsjahres blieben ein Gesuch um Entbindung vom Berufsgeheimnis sowie ein Antrag auf Disziplinierung einer Anwältin pendent.

c) Anwaltsprüfungskommission

schriftliche Anwaltsprüfungen	4	(3)
mündliche Anwaltsprüfungen	3	(4)
erfolgreich absolvierte Anwaltsprüfungen	2	(2)
Gesuche um Anerkennung ausserkantonaler praktischer Tätigkeiten	0	(1)

3.3.4. Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs

Mit 13'323 Zahlungsbefehlen war gegenüber den Vorjahren nochmals ein Anstieg neu eingeleiteter Verfahren zu registrieren. Der Prozentsatz der vorgenommenen Pfändungen, bezogen auf die Anzahl Zahlungsbefehle, hat mit 65 % über die letzten 10 Jahre gesehen, ebenfalls einen Höchststand erreicht.

	Zahlungsbefehle	vollz. Pfändungen	in %
2008	10'985	5'758	52
2009	12'181	6'428	53
2010	12'419	6'923	56
2011	12'599	6'316	50
2012	12'954	6'400	49
2013	12'643	7'151	57
2014	12'974	6'988	54
2015	12'672	6'583	52
2016	13'171	8'435	64
2017	13'323	8'637	65

Im Vorjahr entschieden sich die drei Betreibungsämter sowie die beiden Konkursamtzweigstellen für gemeinsame Fachapplikationen, nämlich eXpertBetriebung und eXpertKonkurs. Im Berichtsjahr wurde die Anwendungssoftware bei allen Amtsstellen installiert und die Umstellung auf die neuen Betriebssysteme abgeschlossen.

Mit 105 Neueingängen bei den Konkursen lagen diese im Durchschnitt des Schwankungsbereichs der letzten 8 Jahre von 83 – 119 Verfahren. Der Anteil der eröffneten Konkursverfahren nach Art. 731b OR, der die Auflösung von Kapitalgesellschaften bei Mängeln in der Organisation regelt, beträgt im Berichtsjahr 32 % (33 %). Stark zugenommen hat mit 43 % (22 %) hingegen der Anteil an ausgeschlagenen Erbschaften. (Näheres dazu vgl. Statistik Ziffern 4.2.2.8 und 4.2.2.9).

Über den Zeitraum der letzten 4 Jahre ergibt sich das folgende Bild:

	2014	2015	2016	2017
Mängel in der Organisation der Gesellschaft, Art. 731b OR	17	23	40	34
ausgeschlagene Erbschaften	26	33	27	45
andere, Art. 159 ff. und Art. 190 ff. SchKG	40	33	52	26
Total Neueingänge Konkursverfahren	83	89	119	105

Die Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs führte die üblichen, durch das Bundesrecht vorgeschriebenen Inspektionen aller Betreibungs- und Konkursämter durch. Dabei konnte bei sämtlichen Ämtern durchwegs eine gute Amtsführung festgestellt werden.

Aus dem Vorjahr waren bei der Aufsichtsbehörde 4 (3) Pendenzen zu übernehmen. Die Zahl der Neueingänge verdoppelte sich mit 17 gegenüber dem Vorjahr mit 9 neuen Fällen nahezu. Von den 17 neuen Verfahren betrafen 13 Rechts- und Ermessensfragen bei der Anwendung des SchKG. Dazu kamen 2 Gesuche um Wiederherstellung einer Frist, eine Aufsichtsbeschwerde und ein Gesuch eines Betreibungsamtes um Durchführung einer Einigungsverhandlung bezüglich der Pfändung und Verwertung von Gemeinschaftsvermögen. 6 Geschäfte wurden an 4 Sitzungen behandelt, 11 Verfahren wurden durch den Präsidenten mittels Verfügung erledigt. Dabei wurde auf die 2 Gesuche um Wiederherstellung einer Frist nicht eingetreten, 2 Beschwerden wurden abgewiesen, 1 teilweise gutgeheissen und auf deren 6 nicht eingetreten. Der Aufsichtsbeschwerde wurde nicht stattgegeben. Bezüglich der Verwertung des Anteils an einer Stockwerkeigentumseinheit wurde das Betreibungsamt ermächtigt, die Einigungsverhandlung durchzuführen. 4 Verfahren konnten zufolge Gegenstandslosigkeit abgeschrieben werden. Am Ende des Berichtsjahres blieben 4 (4) Verfahren pendent; ebenfalls anhängig blieb ein am Ende des Berichtsjahrs beim Präsidenten der Aufsichtsbehörde gestelltes Gesuch um aufschiebende Wirkung.

2017 ist das sechste Jahr in Folge, dass keine Beschwerde gegen Entschiede der Aufsichtsbehörde beim Bundesgericht eingereicht wurde.

3.3.5. Verwaltungsrechtspflege

3.3.5.1. Eingänge bei den Abteilungen

Im Jahre 2017 sind 125 (Vorjahr 107) Fälle in den verwaltungsrechtlichen Abteilungen des Obergerichts eingegangen, was einem Anstieg von rund 17% entspricht. Damit wurde das Rekordniveau von 2013 knapp wieder erreicht.

3.3.5.2. Eingänge bei den Einzelrichtern

Bei den Einzelrichtern des Obergerichtes (Verwaltungsrecht) sind im Jahre 2017 total 69 (Vorjahr 80) Fälle eingegangen, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von 14 % entspricht.

Damit ist die Anzahl der eingegangenen Fälle nach einem starken Anstieg in den Jahren 2012 und 2013 entgegen dem Trend in den Gerichtsabteilungen im abgelaufenen Jahr etwas zurückgegangen. Auffallend ist der namhafte Rückgang von rund 38 % der Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung. Dies steht im Einklang mit dem Rückgang der vermögensrechtlichen Streitigkeiten bis Fr. 15'000.–.

Eingänge	2013	2014	2015	2016	2017
unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung	48	32	31	40	25
vorsorgliche Massnahmen	1	5	2	0	4
aufschiebende Wirkung	13	5	2	9	8
vermögensrechtliche Streitigkeiten bis Fr. 15'000.–	19	8	8	9	4
Fürsorgerische Unterbringung	19	11	9	9	13
Überprüfung Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft	10	5	9	7	8
Überprüfung Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	0	0	1	0	0
Rechtsschutz im öffentlichen Beschaffungswesen	7	2	2	3	2
Wegweisung/Rückkehrverbot bei häusl. Gewalt	0	1	0	0	1
Vermittlung im Schiedsgerichtsverfahren	0	0	0	0	0
Sicherstellung von Steuern	0	0	0	0	0
Übriges	8	3	2	3	4
Total	125	72	66	80	69

Die Zahlen bei den fürsorgerischen Unterbringungen (FU) sind etwas angestiegen, aber immer noch im langjährigen Mittel.

3.3.5.3. Auffällige Entwicklungen

a) Im Sozialversicherungsrecht

Die Eingänge im Sozialversicherungsrecht haben nach einer relativ stabilen Phase mit Eingängen zwischen 36 und 40 Fällen pro Jahr um über 40 % zugenommen. Davon entfallen 16 % auf Beschwerden in der Invalidenversicherung. Das fällt bei der Arbeitsbelastung umso mehr ins Gewicht, als in diesen Verfahren in aller Regel pro Fall mehrere hundert Seiten Akten zu lesen und zu würdigen sind. Die übrige Zunahme ist im Wesentlichen auf Beschwerden betreffend Ergänzungsleistungen, Krankentaggelder und Arbeitslosenleistungen zurückzuführen.

Eingänge	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Sozialversicherungsrecht	55	57	40	38	36	51

b) In den übrigen Rechtsgebieten

Der Eingang der Fälle im Bau-, Planungs- und Umweltrecht ist im Jahre 2017 um über 33 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Eine Erklärung dafür kann weder vom Gericht noch von der Vorinstanz gegeben werden. Auch die Zahl der Eingänge von Fällen im Steuerrecht hat um markante 24 % gegenüber dem absoluten Rekordjahr 2016 abgenommen. Diese Zahlen bewegen sich aber nach einem massiven Anstieg im Jahre 2016 wieder im langjährigen Mittel. Die Zahl der Eingänge bei den «übrigen Fällen» hat sich verdoppelt. Dies ist auf einen starken Anstieg der Rechtsverweigerungs- und Rechtsverzögerungsbeschwerden und auf mehrere Beschwerden im bäuerlichen Bodenrecht zurückzuführen.

In den letzten sechs Jahren haben sich die Eingänge in den verschiedenen Rechtsgebieten wie folgt verändert:

Eingänge	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Bau-, Planungs-, Umwelt-, Energie- u. Verkehrsrecht	20	14	13	8	15	10
Ausländerrecht	0	3	2	4	3	5
Steuerrecht	28	17	31	27	38	29
Sozialversicherungsrecht	55	57	40	38	36	51
Übrige Fälle	20	36	18	13	15	30
Total	123	127	104	90	107	125

3.3.5.4. Geschäftsverteilung

Die verwaltungsrechtlichen Geschäfte wurden im Berichtsjahr wiederum drei Abteilungen zugeteilt:

Abteilungen	Rechtsgebiete
2. Abteilung (O2V)	Steuerrecht und Sozialversicherungsrecht ohne medizinische Fragestellung (sowie strafrechtliche Beschwerden)
3. Abteilung (O3V)	Sozialversicherungsrecht, soweit medizinische Fragen betroffen sind
4. Abteilung (O4V)	Bau- und Planungsrecht, übriges Verwaltungsrecht

3.3.5.5. Anzahl erledigter Prozesse

a) Bei den Abteilungen

Es wurden 76 (Vorjahr 80) Urteile gefällt. Davon wurden 30 (Vorjahr 27) Fälle teilweise oder ganz gutgeheissen. Es wurden also rund 39 % (Vorjahr 33 %) aller durch Urteil abgeschlossenen Fälle zumindest teilweise gutgeheissen.

21 (Vorjahr 17) Begehren konnten wegen Rückzugs, Vergleichs oder Gegenstandslosigkeit wieder abgeschrieben werden.

Nachdem insgesamt 97 Fälle (Vorjahr 98) erledigt wurden, waren am Ende des Berichtsjahres 109 (Vorjahr 81) Prozesse pendent.

Die drei verwaltungsrechtlichen Abteilungen des Obergerichts haben die 76 Fälle an 26 (Vorjahr: 26) halbtägigen Sitzungen, teilweise verbunden mit Augenscheinen, beurteilt.

Seit einigen Jahren ist auffallend, dass die Verfahrensakten immer umfangreicher werden und zunehmend komplexere Beschwerden zu beurteilen sind, die auch eine umfassendere Urteilsbegründung erfordern. Die zeitliche Belastung zur Erledigung dieser Prozesse hat wiederum zugenommen. Davon sind neben dem Gerichtspersonal auch die nebenamtlichen Richter betroffen, die ihre gerichtliche Arbeit (Aktenstudium) zur Hauptsache in ihrer Freizeit, meist neben einer vollen sonstigen Erwerbstätigkeit erledigen.

b) Bei den Einzelrichtern

Bei den Einzelrichtern des Obergerichts (Verwaltungsrecht) wurden 71 (Vorjahr 70) Fälle erledigt. Davon konnten 10 (Vorjahr 6) Fälle wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleichs oder Rückzugs wieder abgeschrieben werden.

71 Fälle konnten innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden. 77 % waren bereits innerhalb von drei Monaten erledigt.

c) Verweis auf statistischen Anhang

Im Einzelnen gibt Ihnen der statistische Anhang einen Überblick über die Geschäftstätigkeit der verwaltungsrechtlichen Abteilungen des Obergerichts im Jahre 2017 (vgl. Statistik 4.2.2.10).

3.3.5.6. Rechtsmittel gegen Urteile des Obergerichts

Im Jahre 2017 wurden von den durch das Obergericht (ohne sozialrechtliche Verfahren) gefällten Urteilen und Beschlüssen 6 (Vorjahr 4) an das Bundesgericht in Lausanne weitergezogen.

Davon sind im Berichtsjahr naturgemäss noch nicht alle durch das Bundesgericht behandelt worden. Hingegen hat das Bundesgericht die im Jahre 2017 insgesamt beurteilten 3 Fälle (inklusive Pendenzen aus dem Vorjahr) wie folgt entschieden: Gutheissung: 1, Abweisung: 1 und Nichteintreten: 1.

An die sozialrechtlichen Abteilungen des Bundesgerichts wurden 9 (Vorjahr 3) Urteile des Obergerichts weitergezogen.

Das Bundesgericht hat im Berichtsjahr 7 Fälle beurteilt; dabei hat es 3 Beschwerden – teilweise auch wegen Praxisänderungen des Bundesgerichts – gutgeheissen, 1 Beschwerde abgewiesen und ist auf 3 nicht eingetreten.

Trogen, im Februar 2018

Im Namen des Obergerichts
lic. iur. Ernst Zingg, Präsident

4. Statistik 2017

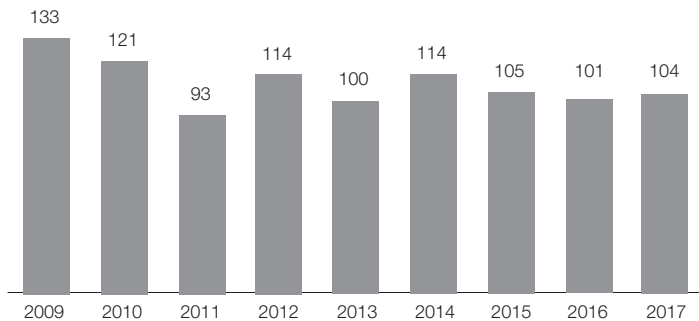
4.1. Schlichtungsbehörden

4.1.1. Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	17	8
Neueingänge	101	104
Total	118	112

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2016	2017
Urteilsvorschlag	4	2
Klagebewilligung	31	35
Klagebewilligung nach Urteilsvorschlag	0	1
Entscheid	4	1
Abschreibung: wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung	71	59
aus anderen Gründen	0	
Total Erledigungen	110	98
Übertrag auf das folgende Jahr	8	14
Total wie oben	118	112

d) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2016	2017
Anfechtung Kündigung (ausserordentlich)	1	6
Anfechtung Kündigung	28	16
Gesuch um Erstreckung des Mietverhältnisses	9	1
Mängel (mit Hinterlegung des Mietzinses)	2	8
Gesuch um Mietzinsherabsetzung	11	25
Anfechtung der Mietzinserhöhung	2	2
Anfechtung der Nebenkostenabrechnung	4	3
Forderung aus Mietverhältnis	45	30
Mängel (ohne Hinterlegung des Mietzinses)	4	1
übrige Gebiete	4	6
Total	110	98

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	107 (97 %)	3 (3 %)	–	–	–	–
2017	92 (94 %)	6 (6 %)	–	–	–	–

4.1.2. Vermittlerämter

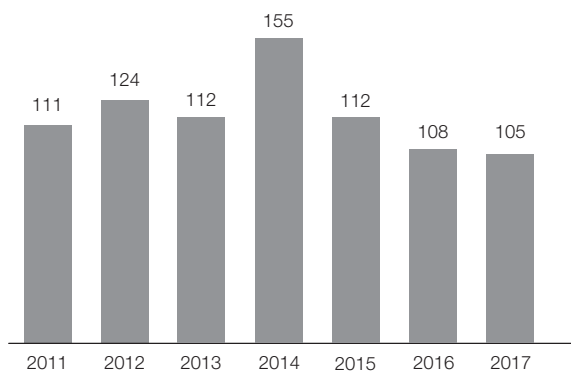
4.1.2.1. Kreis 1

(umfassend die Gemeinden Urnäsch, Herisau, Schwellbrunn, Hundwil, Stein, Schönengrund, Waldstatt)

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	15	19
Neueingänge	108	105
Total	123	124

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2016	2017
Urteilsvorschlag	4	5
Klagebewilligung bei Nichteinigung	30	37
Klagebewilligung nach Ablehnung Urteilsvorschlag	3	0
Entscheid	14	12
Abschreibung: wegen Vergleich, Klageanerkennung, Gegenstandslosigkeit (Säumnis), Rückzug etc.	52	49
aus anderen Gründen (örtliche Unzuständigkeit etc.)	1	5
Total Erledigungen	104	108
Übertrag auf das folgende Jahr	19	16
Total wie oben	123	124

d) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2016	2017
Unterhaltsklage und Verwandtenunterstützung	7	10
Erbrecht	0	1
Sachenrecht	3	5
Kaufrecht	10	4
Darlehen	2	5
Arbeitsvertragsrecht	16	19
Werkvertrag	11	6
Auftragsrecht	3	13
Übrige Verträge nach OR	16	25
Gesellschafts- und Handelsrecht	2	0
Wertpapierrecht	0	0
übrige Gebiete nach OR	5	3
Andere Geldforderungen	11	5
Privatversicherungsrecht	1	0
Erstreckung des Pachtverhältnisses	1	4
Übrige Rechtsgebiete	6	6
Unentgeltliche Rechtspflege	10	2
Total	104	108

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	90 (86%)	8 (8%)	5 (5%)	1 (1%)	–	–
2017	94 (87%)	10 (9%)	3 (3%)	1 (1%)	–	–

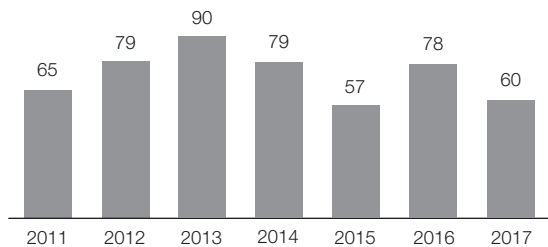
4.1.2.2. Kreis 2

(umfassend die Gemeinden Teufen, Bühler, Gais, Speicher, Trogen)

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	11	12
Neueingänge	78	60
Total	89	72

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2016	2017
Urteilsvorschlag	8	0
Klagebewilligung bei Nichteinigung	29	26
Klagebewilligung nach Ablehnung Urteilsvorschlag	0	1
Entscheid	4	1
Abschreibung: wegen Vergleich, Klageanerkennung, Gegenstandslosigkeit (Säumnis), Rückzug etc	35	35
aus anderen Gründen (örtliche Unzuständigkeit etc.)	1	0
Total Erledigungen	77	63
Übertrag auf das folgende Jahr	12	9
Total wie oben	89	72

d) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2016	2017
Unterhaltsklage und Verwandtenunterstützung	3	2
Erbrecht	4	0
Sachenrecht	0	0
Kaufrecht	8	5
Darlehen	4	5
Arbeitsvertragsrecht	15	12
Werkvertrag	2	1
Auftragsrecht	16	12
Übrige Verträge nach OR	3	1
Gesellschafts- und Handelsrecht	0	2
Wertpapierrecht	0	0
übrige Gebiete nach OR	1	1
Andere Geldforderungen	6	2
Privatversicherungsrecht	1	1
Erstreckung des Pachtverhältnisses	0	1
Übrige Rechtsgebiete	11	17
Unentgeltliche Rechtspflege	3	1
Total	77	63

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	61 (80%)	15 (19%)	1 (1%)	–	–	–
2017	53 (84%)	4 (6%)	5 (8%)	1 (2%)	–	–

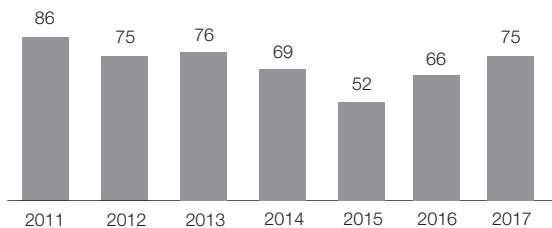
4.1.2.3. Kreis 3

(umfassend die Gemeinden Rehetobel, Wald, Grub, Heiden, Wolfhalden, Lutzenberg, Walzenhausen, Reute)

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	14	10
Neueingänge	66	75
Total	80	85

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2016	2017
Urteilsvorschlag	1	2
Klagebewilligung bei Nichteinigung	26	20
Klagebewilligung nach Ablehnung Urteilsvorschlag	0	0
Entscheid	6	7
Abschreibung: wegen Vergleich, Klageanerkennung, Gegenstandslosigkeit (Säumnis), Rückzug etc	37	40
aus anderen Gründen (örtliche Unzuständigkeit etc.)	0	1
Total Erledigungen	70	70
Übertrag auf das folgende Jahr	10	15
Total wie oben	80	85

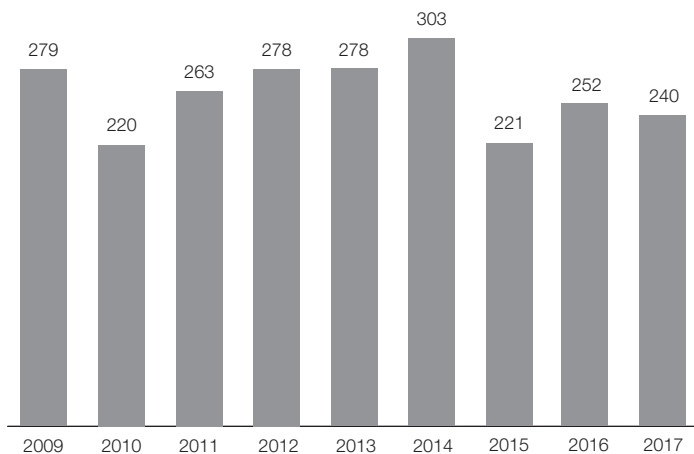
d) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2016	2017
Unterhaltsklage und Verwandtenunterstützung	3	3
Erbrecht	1	0
Sachenrecht	0	0
Kaufrecht	6	4
Darlehen	2	1
Arbeitsvertragsrecht	11	17
Werkvertrag	0	0
Auftragsrecht	25	23
Übrige Verträge nach OR	4	3
Gesellschafts- und Handelsrecht	0	1
Wertpapierrecht	0	0
übrige Gebiete nach OR	11	9
Andere Geldforderungen	2	2
Privatversicherungsrecht	0	1
Erstreckung des Pachtverhältnisses	0	2
Übrige Rechtsgebiete	3	2
Unentgeltliche Rechtspflege	2	2
Total	70	70

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	66 (95 %)	3 (4 %)	1 (1 %)	–	–	–
2017	60 (86 %)	7 (10 %)	3 (4 %)	–	–	–

4.1.2.4. Neueingänge im Gesamtüberblick



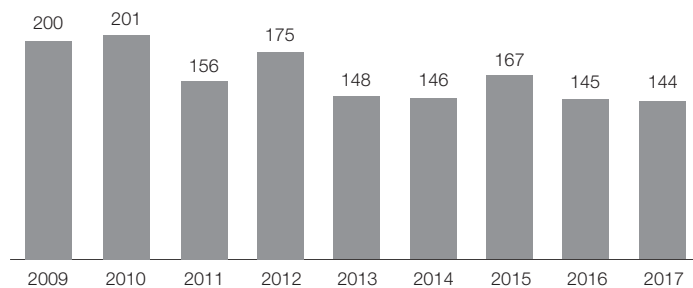
4.2. Gerichte

4.2.1. Kantonsgericht

4.2.1.1. Zivilprozesse mit Eingang bei den Gerichtsabteilungen

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	107	112
Neueingänge	145	144
Total	252	256

b) Neueingänge:**c) Art der Erledigung:**

		2016	2017
durch die Gerichtsabteilungen			
durch Urteil:	Scheidung mit Regelung der Nebenfolgen	7	4
	Gutheissung	4	4
	teilweise Gutheissung	5	1
	Abweisung	3	5
	Nichteintreten	6	5
durch Beschluss:	wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung der Klage	1	–
	aus anderen Gründen	–	2
durch die Einzelrichter			
durch Urteil:	Scheidung mit vollständiger Einigung	86	96
durch Verfügung:	wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung der Klage	26	25
	aus anderen Gründen	2	–

d) Total Erledigungen:

	2016	2017
Total Erledigungen	140	142
Übertrag auf das folgende Jahr	112	114
Total wie oben	252	256

e) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2016	2017
Personenrecht	–	–
Ehescheidung	101	110
Urteilsänderung	16	14
Übriges Familienrecht	2	1
Erbrecht	1	–
Sachenrecht	3	1
Kaufrecht	1	3
Mietrecht	–	2
Darlehen	2	2
Arbeitsvertragsrecht	2	2
Werkvertrag	3	1
Auftragsrecht	3	1
Übrige Verträge nach OR	–	2
Gesellschafts- und Handelsrecht	1	–
Wertpapierrecht	–	–
Übrige Gebiete nach OR	2	1
Privatversicherungsrecht	1	–
Klagen nach SchKG	1	1
Erläuterung	–	–
Revision	–	–
Übrige Rechtsgebiete	1	1
Total Erledigungen	140	142

f) Dauer der erledigten Zivilprozesse in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	56 (40%)	30 (21%)	23 (17%)	13 (9%)	6 (4%)	12 (9%)
2017	54 (38%)	27 (19%)	29 (20%)	11 (8%)	10 (7%)	11 (8%)

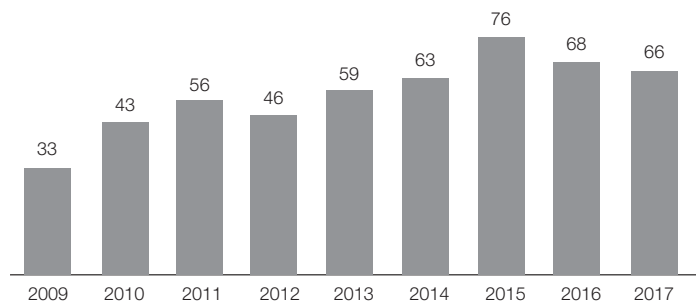
4.2.1.2. Strafprozesse der Gerichtsabteilungen und Einzelrichter

a) Anzahl der Verfahren:

der Gerichtsabteilungen	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	1	3
Neueingänge	11	7
Total	12	10

der Einzelrichter	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	6	9
Neueingänge	57	59
Total	63	68

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

		2016	2017
durch die Gerichtsabteilungen			
durch Urteil:	Schuldpruch	6	4
	teilweiser Freispruch	–	2
	Freispruch	–	–
durch Beschluss:	Einstellung des Verfahrens	–	–
	Rückweisung an Staatsanwalt	2	–
	aus anderen Gründen	1	–
durch die Einzelrichter		2016	2017
durch Urteil:	Schuldpruch	7	11
	teilweiser Freispruch	1	5
	Freispruch	3	3
	Gutheissung	20	16
	Gutheissung, teilweise	7	9
	Abweisung	3	1
durch Verfügung:	Einstellung des Verfahrens	2	2
	Rückweisung an Staatsanwalt	5	–
	aus anderen Gründen	8	10

d) Total Erledigungen:

		2016	2017
durch die Gerichtsabteilungen			
Total Erledigungen		9	6
Übertrag auf das folgende Jahr		3	4
durch die Einzelrichter		2016	2017
Total Erledigungen		56	57
Übertrag auf das folgende Jahr		7	11

e) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2016	2017
Mord und vorsätzliche Tötung	1	–
Fahrlässige Tötung	1	1
Übrige Handlungen gegen Leib und Leben	2	5
Handlungen gegen das Vermögen	2	4
Handlungen gegen Ehre und den Geheim- und Privatbereich	2	2
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	1	–
Handlungen gegen die sexuelle Integrität	3	1
Verbrechen und Vergehen gegen die Familie	–	–
Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen	–	–
Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Gesundheit	–	–
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Verkehr	1	–
Fälschung von Geld und amtlichen Zeichen	–	–
Urkundenfälschung	1	2
Übrige Delikte gegen die Allgemeinheit	1	–
Übertretungen nach StGB	1	–
Betäubungsmittelgesetz	4	1
Ausländerrecht	–	–
Fahren im angetrunkenen Zustand	1	3
Fahren unter Drogeneinfluss	–	–
Übrige Verletzungen von Strassenverkehrsregeln	9	11
Übrige Delikte gemäss Nebenstrafgesetzen des Bundes	4	5
Verstösse gegen kantonales Recht	–	–
Nachträgliche richterliche Anordnungen	1	–
Erläuterung	–	–
Übrige Themen	–	–
amtliche Verteidigung	1	1
Haftentlassung bei Sicherheitshaft	–	–
Zwangsmassnahmen	29	27
Total Erledigungen	65	63

f) Dauer der erledigten Zivilprozesse in Monaten:

der Gerichtsabteilungen

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	4 (45 %)	3 (33 %)	2 (22 %)	–	–	–
2017	3 (50 %)	2 (33 %)	–	1 (17 %)	–	–

der Einzelrichter

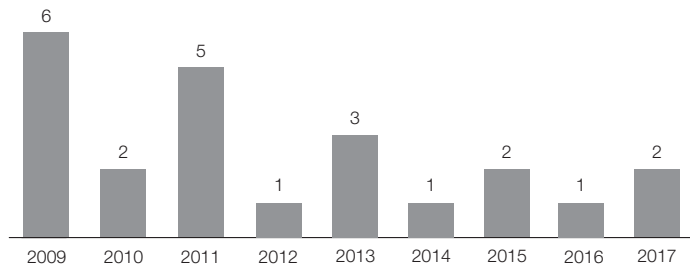
	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	46 (82 %)	8 (14 %)	2 (4 %)	–	–	–
2017	47 (82 %)	6 (11 %)	4 (7 %)	–	–	–

4.2.1.3. Strafprozesse des Jugendgerichts

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	1	0
Neueingänge	1	2
Total	2	2

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2016	2017
durch Urteil: Schuldspruch	0	1
Freispruch	–	–
Einstellung des Verfahrens	–	–
Anderweitige Erledigung	2	1
Total	2	2
Übertrag auf das folgende Jahr	0	0

d) Hauptdelikte der erledigten Verfahren:

	2016	2017
Handlungen gegen Leib und Leben	1	0
Handlungen gegen das Vermögen	–	–
Handlungen gegen die Ehre und den Geheimbereich	–	–
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	–	–
Handlungen gegen die sexuelle Integrität	–	–
Übrige Delikte gemäss StGB	–	–
Verletzung von Strassenverkehrsregeln	–	1
Betäubungsmittelgesetz	–	–
Übrige Delikte gegen Nebenstrafgesetze des Bundes	–	–
Verstösse gegen kantonales Recht	–	–
Übrige Rechtsgebiete	1	1
Total Erledigungen	2	2

e) Dauer der erledigten Jugendstraftprozesse in Monaten:

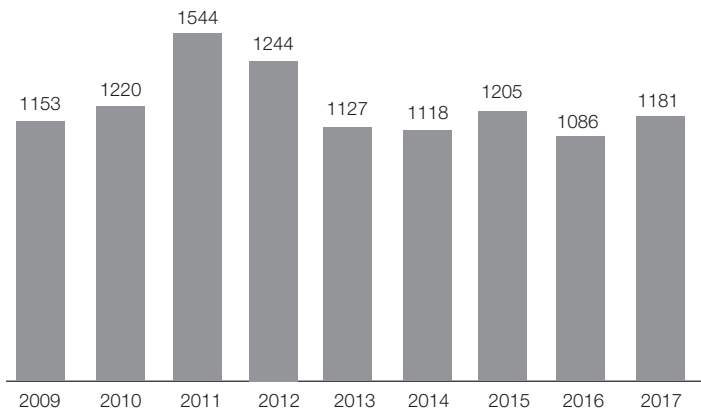
	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	1 (50%)	1 (50%)	–	–	–	–
2017	0	2 (100%)	–	–	–	–

4.2.1.4. Einzelrichter Zivilprozesse

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	242	225
Neueingänge	1'086	1'181
Total	1'328	1'406

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2016	2017
durch Urteil: Gutheissung	620	660
teilweise Gutheissung	42	29
Abweisung	66	71
Nichteintreten	71	55
durch Verfügung: wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung der Klage	189	234
aus anderen Gründen	114	103
Total Erledigungen	1'102	1'152
Übertrag auf das folgende Jahr	225	254
Total wie oben	1'328	1'406

d) Die erledigten Verfahren betreffen:

	2016	2017
Rechtsöffnung	250	315
Konkurseröffnung	143	138
weitere Verfügungen im Konkursverfahren	114	109
Arrestbefehl	10	8
Übrige Verfahren nach SchKG	29	39
vorsorgliche Massnahmen nach Art. 276 ZPO	16	20
Eheschutzmassnahmen inkl. eingetragene Partnerschaft	42	46
Unterhaltsklagen und Verwandtenunterstützung	9	14
Anweisung an den Schuldner	8	6
Vorl. Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts	9	19
Ausweisung von Mietern und Pächtern	31	28
Erstreckung des Pachtverhältnisses	2	0
Andere Miet- und Pachtstreitigkeiten	16	18
Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis	5	5
vermögensrechtliche Streitigkeiten bis 30'000.00	24	25
Unentgeltliche Rechtspflege	129	147
Vorsorgliche Massnahmen inkl. vorsorgliche Beweissicherung	8	11
Rechtsschutz in klaren Fällen	3	6
Rechtshilfe	113	101
Gerichtliches Verbot	11	12
Vollstreckung	4	3
Kraftloserklärungen	30	24
Diverses	63	58
Total Erledigungen	1'102	1'152

e) Dauer der erledigten Einzelrichterverfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	920 (84 %)	97 (9 %)	63 (6 %)	14 (1 %)	5 (–)	3 (–)
2017	954 (83 %)	105 (9 %)	64 (6 %)	19 (2 %)	7 (–)	3 (–)

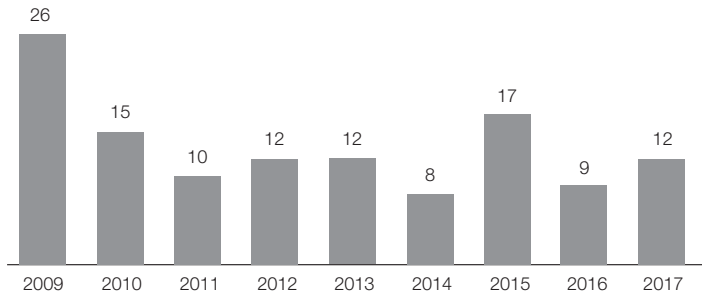
4.2.2. Obergericht

4.2.2.1. Zivilprozesse

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	16	10
Neueingänge von Vorinstanz	9	9
Neueingänge direkt geleitete Verfahren	0	3
Total	25	22

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2016	2017
durch Urteil:		
Gutheissung	4	1
teilweise Gutheissung	4	2
Abweisung	5	5
Nichteintreten	1	2
Rückweisung an Vorinstanz	1	0
durch Beschluss:		
wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung der Klage	0	2
aus anderen Gründen	–	–
Total Erledigungen	15	12
Übertrag auf das folgende Jahr	10	10
Total wie oben	25	22

d) Die erledigten Verfahren betrafen:

	2016	2017
Personenrecht	–	–
Ehescheidung	6	1
Urteilsänderung	0	2
Vaterschaft	–	–
Übriges Familienrecht	–	–
Erbrecht	–	–
Sachenrecht	0	1
Kaufrecht	0	1
Mietrecht	–	–
Darlehen	0	1
Arbeitsvertragsrecht	1	0
Werkvertrag	1	2
Auftragsrecht	–	–
Übrige Verträge nach OR	1	0
Gesellschafts- und Handelsrecht	–	–
Wertpapierrecht	–	–
Übrige Gebiete nach OR	2	1
Privatversicherungsrecht	–	–
Klagen nach SchKG	–	–
Erläuterung	–	–
Revision	–	–
Übrige Rechtsgebiete (Anwaltschaft, Markenrecht etc.)	4	3
Total	15	12

e) Dauer der erledigten Zivilverfahren in Monaten:

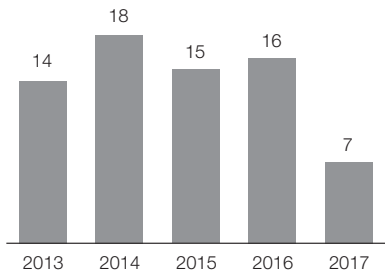
	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	1 (6%)	2 (13%)	5 (34%)	4 (28%)	2 (13%)	1 (6%)
2017	1 (8%)	1 (8%)	5 (42%)	4 (34%)	1 (8%)	–

4.2.2.2. Kindes- und Erwachsenenschutzrecht

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	7	10
Neueingänge von Vorinstanz	15	7
Neueingänge direkt geleitete Verfahren	–	–
Total	22	17

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2016	2017
durch Urteil: Gutheissung	1	0
teilweise Gutheissung	0	1
Abweisung	1	3
Nichteintreten	4	2
Rückweisung an Vorinstanz	–	–
durch Beschluss: wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung der Klage	6	6
aus anderen Gründen	–	–
Total Erledigungen	12	12
Übertrag auf das folgende Jahr	10	5
Total wie oben	22	17

d) Die erledigten Verfahren betrafen:

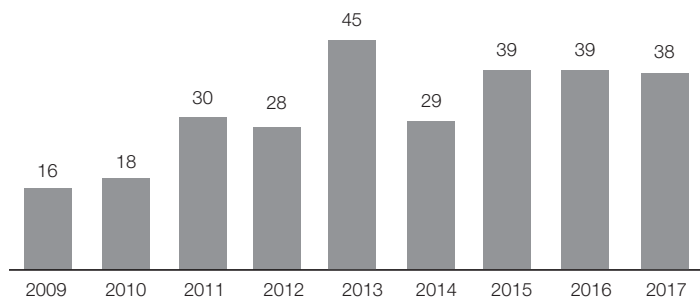
	2016	2017
Kindesschutz	5	4
Erwachsenenschutz	7	8
Total	12	12

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	2 (17%)	3 (25%)	4 (33%)	–	2 (17%)	1 (8%)
2017	1 (8%)	6 (50%)	4 (34%)	–	0	1 (8%)

4.2.2.3. Strafprozesse**a) Anzahl der Verfahren:**

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	27	23
Neueingänge von Vorinstanz	36	38
Neueingänge direkt geleitete Verfahren (Revision, Bussenumwandlung, nachträgliche richterliche Anordnung, Ausstand etc.)	3	0
Total	66	61

b) Neueingänge:

c) Art der Erledigung:

Berufungen	2016	2017
durch Entscheid: Schuldpruch	6	2
teilweiser Freispruch	1	6
Freispruch	0	1
Nichteintreten	9	8
Rückweisung	0	0
Revision	0	0
nachträgliche richterliche Anordnung	0	0
aus anderen Gründen (Strafmass, Einstellung etc.)	1	1
durch Beschluss: Rückzug, Gegenstandslosigkeit etc.	1	0
aus anderen Gründen	0	0
Beschwerden sowie direkt geleitete Verfahren	2016	2017
durch Entscheid: Guttheissung	8	2
teilweise Guttheissung	2	1
Abweisung	6	3
Nichteintreten	9	5
Rückweisung	0	4
aus anderen Gründen	0	0
durch Verfügung: Rückzug, Gegenstandslosigkeit etc.	0	1
aus anderen Gründen	0	
Total Erledigungen	43	34
Übertrag auf das folgende Jahr	23	27
Total wie oben	66	61

d) Entscheide im Berufungsverfahren:

Weiterzug durch:	Gut-heissung	teilweise Gutheissung	Abwei-sung	Nicht-eintreten	Rück-weisung
Staatsanwalt		1	1	3	
Beschuldigter	1	6	2	4	
Geschädigter/ Privatkläger					
Verurteilter/ Gesuchsteller					

e) Entscheide im Beschwerdeverfahren:

Weiterzug durch:	Gut-heissung	teilweise Gutheissung	Abwei-sung	Nicht-eintreten	teilweise Gut-heissung und Rückweisung
Staatsanwalt					
Beschuldigter	1		2	2	1
Geschädigter/ Privatkläger	2		1	3	3
Verurteilter/ Gesuchsteller					

f) Hauptthemen der erledigten Verfahren:

	2016	2017
Mord und vorsätzliche Tötung	–	–
Fahrlässige Tötung	–	–
Übrige Handlungen gegen Leib und Leben	1	5
Handlungen gegen das Vermögen	1	1
Handlungen gegen die Ehre und den Geheim- und Privatbereich	0	1
Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit	–	–
Handlungen gegen die sexuelle Integrität	–	2
Verbrechen und Vergehen gegen die Familie	–	–
Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen	2	0
Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Gesundheit	–	–
Verbrechen und Vergehen gegen den öffentlichen Verkehr	–	–
Fälschung von Geld und amtlichen Zeichen	–	–
Urkundenfälschung	–	1
Übrige Delikte gegen die Allgemeinheit	1	0
Übertretungen nach StGB	1	1
Betäubungsmittelgesetz	–	0
Ausländerrecht	2	0
Fahren im angetrunkenen Zustand	2	1
Fahren unter Drogeneinfluss	–	–
Übrige Verletzungen von Strassenverkehrsregeln	6	4
Übrige Delikte gemäss Nebenstrafgesetzen des Bundes	2	2
Verstösse gegen kantonales Recht	–	–
Nachträgliche richterliche Anordnungen	0	–
Erläuterung	–	–
Beschwerde betreffend Verfahrenskosten, Entschädigung, Genugtuung	2	3
Beschwerde gegen die Einstellung oder Nichtanhandnahme des Verfahrens	9	7
Beschwerde gegen Prozesshandlungen	5	4
streitiges Ausstandsbegehren	4	0
Übrige Themen	5	2
Total	43	34

g) Dauer der erledigten Strafverfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	11 (26%)	19 (44%)	13 (30%)	0	–	–
2017	9 (26%)	10 (30%)	9 (26%)	5 (15%)	0	1 (3%)

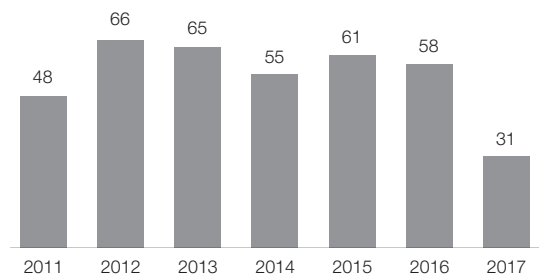
4.2.2.4. Einzelrichter Zivil- und Strafrecht

4.2.2.4.1. Zivilprozesse

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	6	7
Neueingänge von Vorinstanz	36	20
Neueingänge direkt geleitete Verfahren (unentgeltliche Rechtspflege etc.)	22	11
Total	64	38

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

		2016	2017
durch Urteil:	Gutheissung	16	10
	teilweise Gutheissung	3	0
	Abweisung	17	6
	Nichteintreten	13	4
	Rückweisung an Vorinstanz	1	0
durch Beschluss:	wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Anerkennung der Klage	7	6
	aus anderen Gründen	–	2
Total Erledigungen		57	28
Übertrag auf das folgende Jahr		7	10
Total wie oben		64	38

d) Die erledigten Verfahren betreffen:

		2016	2017
	Rechtsöffnung	5	5
	Konkurseröffnung	7	0
	Weitere Verfügungen im Konkursverfahren	1	0
	Arrestbefehl	–	1
	Übrige Verfahren nach SchKG	–	–
	Vorsorgliche Massnahmen nach Art. 261 ff. ZPO und Schutz- brief	2	1
	Gerichtliches Verbot	–	–
	Ehescheidung	–	–
	Eheschutzmassnahmen (inkl. eingetragene Partnerschaft)	1	3
	Unterhaltsklagen und Verwandtenunterstützung	0	1
	Anweisung an den Schuldner	–	–
	Vorläufige Eintragung eines Bauhandwerkerpfandrechts	–	–
	Miet- und Pachtverhältnisse	2	0
	Schiedsgerichtssachen	–	–
	Vollstreckbarkeit ausländischer Erkenntnisse	–	–
	Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis	1	–

Andere vermögensrechtliche Streitigkeiten	6	1
Unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung	18	11
Sicherheitsleistung	–	–
Vorsorgliche Beweisführung	–	–
Rechtsschutz in klaren Fällen	1	1
Übriges	13	4
Total	57	28

e) Dauer der erledigten Zivilverfahren in Monaten:

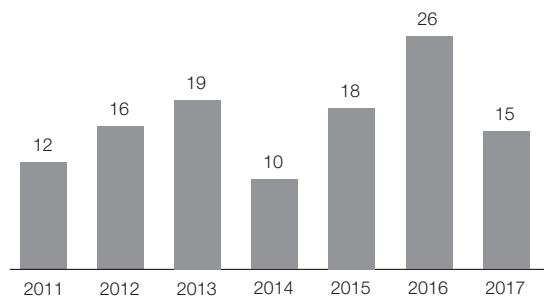
	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	44 (77 %)	10 (17 %)	1 (2 %)	0	1 (2 %)	1 (2 %)
2017	19 (68 %)	5 (18 %)	1 (3 %)	2 (8 %)	1 (3 %)	0

4.2.2.4.2. Strafprozesse

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	3	5
Neueingänge von Vorinstanz	14	8
Neueingänge direkt geleitete Verfahren (amtliche Verteidigung, Sicherheitsleistung etc.)	12	7
Total	29	20

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

		2016	2017
durch Urteil:	Gutheissung	8	5
	teilweise Gutheissung	1	1
	Abweisung	4	6
	Nichteintreten	9	2
	aus anderen Gründen	–	
durch Beschluss:	Rückzug, Einstellung des Verfahrens etc.	2	3
	aus anderen Gründen		1
Total Erledigungen		24	18
Übertrag auf das folgende Jahr		5	2
Total wie oben		29	20

d) Art der Erledigung durch Entscheid im Rechtsmittelverfahren:

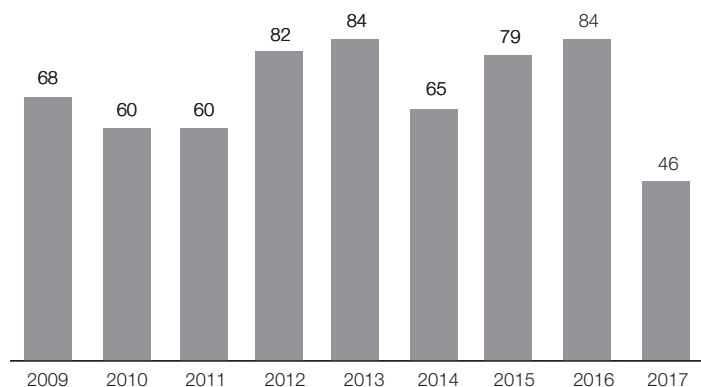
Weiterzug durch:	Gutheissung	teilweise Gutheissung	Abweisung	Nichteintreten	Rückweisung
Staatsanwalt					
Beschuldigter	1	1	4		
Geschädigter / Privatkläger				1	
Verurteilter / Gesuchsteller					

e) Hauptthemen der erledigten Verfahren:

	2016	2017
Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege (Privatkläger)	9	5
Gesuch um amtliche Verteidigung (Beschuldigter)	5	2
Sicherheitsleistung (Privatkläger)	–	–
Beschwerde betreffend Verfahrenskosten, Entschädigung, Genugtuung		1
Beschwerde gegen Prozesshandlungen	0	
Beschwerde gegen die Einstellung oder Nichtanhandnahme des Verfahrens	4	7
Zwangsmassnahmen	2	1
Übrige Themen	3	2
Total	24	18

f) Dauer der erledigten Strafverfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	20 (84 %)	3 (12 %)	1 (4 %)	–	–	–
2017	14 (80 %)	1 (5 %)	1 (5 %)	2 (10 %)	–	–

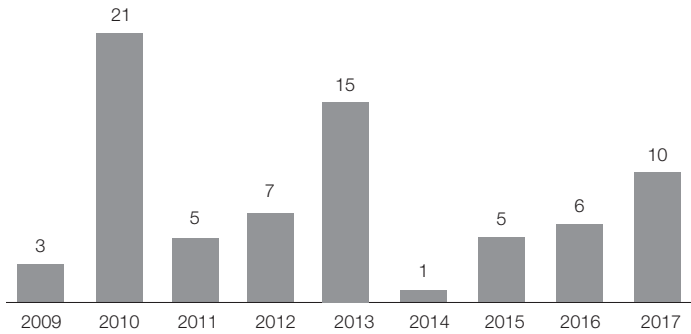
4.2.2.4.3. Neueingänge bei den Einzelrichtern
im Gesamtüberblick

4.2.2.5. Anwaltsaufsichtskommission

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	1	2
Neueingänge	6	10
Total	7	12

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2016	2017
Gutheissung	3	8
teilweise Gutheissung	–	–
Abweisung	2	2
Nichteintreten	–	–
wegen Gegenstandslosigkeit, Rückzug oder Anerkennung	–	–
aus anderen Gründen	–	–
Total Erledigungen	5	10
Übertrag auf das folgende Jahr	2	2
Total wie oben	7	12

d) Die erledigten Verfahren betreffen:

	2016	2017
Anwaltpflichten	2	2
Honorarprüfungen	0	0
übrige Gebiete (Registereinträge etc.)	3	8

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

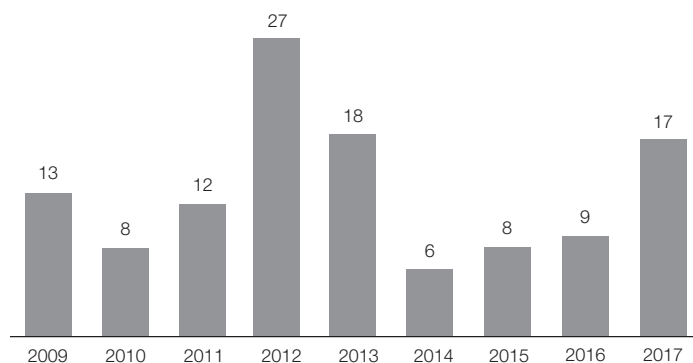
	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	3 (60%)	1 (20%)	1 (20%)	–	–	–
2017	7 (70%)	1 (10%)	2 (20%)	–	–	–

4.2.2.6. Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs

a) Anzahl der Verfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	3	4
Neueingänge	9	17
Total	12	21

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2016	2017
durch Urteil: Gutheissung	3	1
teilweise Gutheissung	0	1
Abweisung	5	3
Nichteintreten	0	8
durch Beschluss: wegen Gegenstandslosigkeit, Rückzug oder Anerkennung	0	4
aus anderen Gründen	–	
Total Erledigungen	8	17
Übertrag auf das folgende Jahr	4	4
Total wie oben	12	21

d) Die erledigten Verfahren betreffen:

	2016	2017
Beschwerden gegen Betreibungsämter	8	14
Beschwerden gegen Konkursämter und a.o. Konkursverwaltungen	–	–
Beschwerden im Nachlassverfahren	–	
übrige Gebiete (Gesuch um Wiederherstellung einer Frist etc.)	0	3

e) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

	0–3	4–6	7–12	13–18	19–24	über 24
2016	5 (63%)	3 (37%)	0	0	–	–
2017	12 (70%)	3 (18%)	1 (6%)	1 (6%)	–	–

4.2.2.7. Weiterzüge an das Bundesgericht im Bereich Zivil- und Strafrecht

(Gesamter zweitinstanzlicher Tätigkeitsbereich inkl. Einzelrichter)

a) Weiterzüge an das Bundesgericht

	2017
Beschwerden in Zivilsachen	7
Beschwerden in Zivilsachen (SchKG)	0
Beschwerden im Kindes und Erwachsenenschutzrecht (KESR)	2
Beschwerden in Strafsachen	5
subsidiäre Verfassungsbeschwerden	0

b) Erledigungen durch das Bundesgericht (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)

Gutheissung	3
teilweise Gutheissung	1
Abweisung	5
Nichteintreten	8
Rückzug oder gegenstandslos	0
Übertrag auf das folgende Jahr	4

4.2.2.8. Konkursverfahren im Jahr 2017

	Anzahl			Eröffnungen			Erlidigungen					Pendent	Verlustsumme	
	vom Vorjahr	neu	Total	Einstellungen mangels Aktiven	summarische Verfahren	ordentliche Verfahren	Schlussverfügungen	summarisches Verfahren	ordentliches Verfahren	nachträgliche Einstellungen	Einvernehmliche Schuldenbereinigungen			Widerrufe
Kantonales Konkursamt														
Zweigstelle Heiden	23	73	96	47	26	0	15	0	53	0	0	0	28	820'895
Zweigstelle Teufen	4	32	36	22	10	0	8	0	22	0	0	0	6	315'089
a.o. Konkursverwaltung														
Total	27	105	132	69	36	0	23	0	75	0	0	0	34	1'135'984
Rechtshilfe														
Zweigstelle Heiden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Zweigstelle Teufen	0	10	10	0	0	0	0	10	0	0	0	0	0	
Total	0	10	10	0	0	0	0	10	0	0	0	0	0	

4.2.2.9. Betreibungsverfahren im Jahr 2017

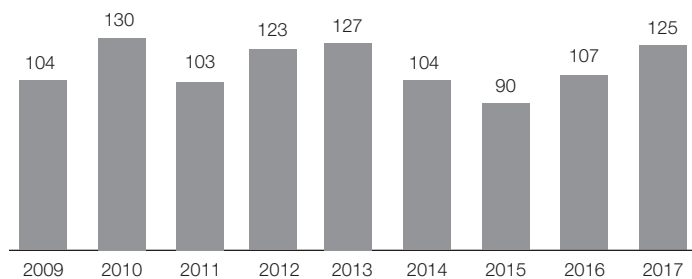
Gemeinde	Einleitungsverfahren				Fortsetzungsverfahren				Verwertungsverfahren				Betrag aller Ver- lustscheinforde- rungen in CHF
	Zahlungs- befehle	Fällungs- begehren	vollzogene Fällungen	Konkurs- androhungen	Verwertungs- begehren	Einkommens- pfändungen	(Lohn, Verdienst usw.)	Verwertung von Sachen, Forderungen	Verwertung von Grundstücken	Verlustschein- e			
Hinterland total	6368	4820	5105	122	127	2894	11	0	2361	6'415'900			
Urnäsch	467	327	309	6	12	202	1	0	138	493'175.15			
Herrisau	4'945	3'740	4'073	107	45	2'274	7	0	1'839	4'966'831.50			
Schwellbrunn	233	150	105	4	10	83	0	0	81	118'680.65			
Hundwil	232	206	230	0	4	114	3	0	118	391'692.65			
Schönengrund	174	134	119	4	56	54	0	0	29	107'438.25			
Waldstatt	317	263	269	1	0	167	0	0	156	338'081.70			
Mittelland total	2614	1808	1077	73	23	750	14	24	652	4'325'251			
Teufen	867	592	349	30	15	268	3	8	210	2'837'942.04			
Bühler	414	305	135	2	1	120	0	0	76	250'600.07			
Gais	375	234	136	11	2	72	2	11	101	309'152.20			
Speicher	382	243	163	5	0	97	8	0	100	242'408.16			
Trogen	407	314	218	15	4	139	1	5	133	534'046.05			
Stein	169	120	76	10	1	54	0	0	32	151'102.80			
Vorderland total	4341	2847	2455	143	50	1976	4	3	1178	1'042'943			
Rehetobel	457	255	186	9	11	149	0	0	92	71'424.10			
Wald	254	132	96	4	2	80	0	0	43	35'211.00			
Grub	277	161	129	11	2	104	0	0	41	141'619.60			
Heiden	1'351	933	849	68	12	685	2	0	379	315'212.30			
Wolfhalden	560	368	331	22	8	265	0	1	186	159'740.00			
Luzenberg	466	271	244	5	6	196	0	0	118	83'220.40			
Waizenhausen	673	556	463	18	7	371	2	1	247	187'964.80			
Reute	303	171	157	6	2	126	0	1	72	48'550.70			
Kanton total	13'323	9'475	8'637	338	200	5'620	29	27	4'191	11'784'094			

4.2.2.10. Abteilungen Verwaltungsrecht

a) Zahl der Beschwerde- und Klageverfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	72	81
Neueingänge	107	125
Total	179	206

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2016	2017
durch Urteil:		
Gutheissung	13	8
teilweise Gutheissung	14	22
Abweisung	38	29
Nichteintreten	15	17
Total	80	76
durch Beschluss:		
wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzug oder Aberkennung der Beschwerde	17	21
aus anderen Gründen	1	0
Total Erledigungen	98	97
Übertrag auf das folgende Jahr	81	109
Total wie oben	179	206

d) Art der Erledigung durch Urteil nach Vorinstanz:

Vorinstanz oder beklagte Partei	gut- geheissen	teilw. gut- geheissen	abgewiesen	nicht eingetreten	Total
Regierungsrat	1	3	0	0	4
Departemente	4	6	8	4	22
Steuerverwaltung	1	2	4	6	13
Assekuranz	0	0	0	0	0
Ausgleichskasse	0	0	1	2	3
IV-Stelle	1	8	12	2	23
Krankenversicherer	0	1	0	0	1
SUVA/Unfallvers.	0	2	1	0	3
Arbeitsamt /AL-Kasse	0	0	1	2	3
Pers.vors.einricht./PK	0	0	0	0	0
Uebrige	1	0	2	1	4
Total	8	22	29	17	76

e) Die erledigten Beschwerde- und Klageverfahren betreffen:

	2016	2017
Direkte Bundessteuern	17	8
Staats- und Gemeindesteuern	20	10
Militärpflichtersatz	0	0
Übrige Steuern und Abgaben	2	2
amtliche Grundstückschätzungen	1	0
Übriges Steuerrecht	3	2
Alters- und Hinterlassenenversicherung	0	3
Invalidenversicherung	22	28
Ergänzungsleistungen	0	0
Berufliche Vorsorge	1	0
Krankenversicherung	0	1
Unfallversicherung	11	3
Arbeitslosenversicherung	0	3
Militärversicherung, EO	0	1
Bau- und Raumplanungsrecht	4	13

Strassenbau und übrige Verkehrsanlagen	1	0
Umwelt- und Gewässerschutz	0	0
Ausländerrecht	4	4
Politische Rechte	0	0
Gemeinderecht	0	1
ZGB, EG zum ZGB (Vormundschaft, FFE, etc.)	0	0
Denkmalpflege, Natur- und Heimatschutz	1	0
Strassenverkehr und übriges Verkehrsrecht	2	1
Gesundheits- und Spitalwese	0	0
Fürsorge	1	2
Assekuranz, Feuerschutz	0	0
Landwirtschaft, bäuerliches Bodenrecht	0	2
Wald und Forstwesen	0	0
Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen	0	0
Verwaltungsrechtspflege	0	4
Übriges Verwaltungsrecht	10	9
Total	100	97

f) Dauer der erledigten Verfahren in Monaten:

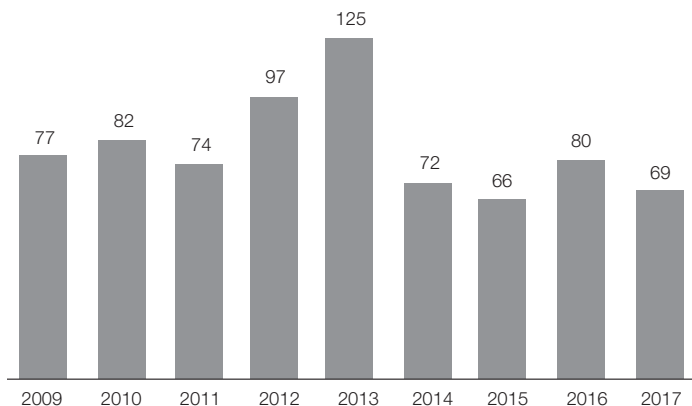
	1–3	4–6	7–12	13–24	über 24
2016	19 (19%)	11 (11%)	47 (47%)	19 (19%)	4 (4%)
2017	20 (21%)	14 (14%)	41 (42%)	17 (18%)	5 (5%)

4.2.2.11. Einzelrichter Verwaltungsrecht

a) Zahl der Beschwerde- und Klageverfahren:

	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	10	20
Neueingänge	80	69
Total	90	89

b) Neueingänge:



c) Art der Erledigung:

	2016	2017
durch Urteil:		
Gutheissung	26	34
teilweise Gutheissung	2	2
Abweisung	33	17
Nichteintreten	3	8
Total	64	61
durch Verfügung:		
wegen Gegenstandslosigkeit, Vergleich, Rückzugoder Aberkennung der Beschwerde	6	10
aus anderen Gründen	0	0
Total Erledigungen	70	71
Übertrag auf das folgende Jahr	20	18
Total wie oben	90	89

d) Die erledigten Beschwerde- und Klageverfahren betrafen:

	2016	2017
Unentgeltliche Rechtspflege und Verbeiständung	34	29
Vorsorgliche Massnahmen / einstweiliger Rechtsschutz	0	2
aufschiebende Wirkung	7	8
vermögensrechtliche Streitigkeiten bis Fr. 15'000.–	7	9
FU fürsorgliche Unterbringung	9	13
Überprüfung Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft	7	8
Übrige Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	0	0
Rechtsschutz im öffentlichen Beschaffungswesen	4	0
Wegweisung / Rückkehrverbot bei häuslicher Gewalt	0	1
Vermittlung im Schiedsgerichtsverfahren nach KVG	0	0
Sicherstellung der Steuerforderung	0	0
Übrige Verfahren	3	1
Total	71	71

e) Dauer der erledigten Beschwerde- und Klageverfahren in Monaten:

	1–3	4–6	7–12	13–24	über 24
2016	62 (87%)	6 (9%)	0	3 (4%)	0
2017	55 (78%)	7 (10%)	8 (11%)	1 (1%)	0

4.2.2.12. Weiterzüge an das Bundesgericht im Bereich Verwaltungsrecht

a) Weiterzüge ohne sozialrechtliche Verfahren

	2017
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	6
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	0
Beschwerden in Zivilsachen	0
Erledigungen durch das Bundesgericht (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)	
Gutheissung	1
Abweisung	1
Nichteintreten	1

b) Weiterzüge an die sozialrechtlichen Abteilungen des Bundesgerichts

	2017
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	9
Erledigung durch die sozialrechtlichen Abteilungen des Bundesgerichts (inkl. Pendenzen aus dem Vorjahr)	
Gutheissung	3
Abweisung	1
Nichteintreten	3

Verzeichnis der richterlichen Behörden und Angestellten

Obergericht

Zingg Ernst, 1956, lic. iur., Gais, Präsident (2007)
Kobler Walter, 1960, lic. iur., Heiden, Vizepräsident (2011)
Rohner-Staubli Susanne, 1955, Sekundarlehrerin, MLaw, Heiden (2004)
Graf-Beutler Ernst, 1964, Landwirt, Heiden (2006)
Graf Simon, 1969, Dr. med., Arzt, MLaw, Rehetobel (2006)
Krapf Roger, 1971, lic. oec. HSG, Steuer- und Treuhandexperte, Teufen (2008)
Dick Beat, 1950, lic. oec., Steuerexperte, Herisau (2011)
Fischer Hanspeter, 1966, Sozialversicherungsexperte, Teufen (2011)
Louis Patrik, 1983, M.A. HSG, Stein (2011)
Oberholzer Bernhard, 1969, lic. iur., Rechtsanwalt, Gais (2011)
Plachel Samuel, 1984, M.A. HSG, Schwellbrunn (2011)
Blaser Hanspeter, 1960, eidg. dipl. Versicherungsfachmann, Herisau (2012)
Wild Christian, 1976, Physiotherapeut, Trogen (2013)
Zingg Heinz, 1958, lic. iur., Rechtsanwalt, Rehetobel (2013)
Cadosch Autolitano Daniela, 1966, lic. iur., juristische Mitarbeiterin, Gais (2014)
Winiger Marc, 1980, Dr. iur., Mitarbeiter Tax Compliance, Teufen (2014)
Gasser Aebischer Michèle, 1963, lic. iur., Rechtsanwältin, Teufen (2015)
Windisch Florian, 1980, Dr. iur. HSG, Lehrbeauftragter, Teufen (2015)

Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs

Kobler Walter, Präsident (2011)
Oberholzer Bernhard (2011)
Zingg Heinz (2013)
Ersatzmitglieder:
Rohner-Staubli Susanne (2011)
Zingg Ernst (2011)

Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte

Zingg Ernst, Präsident (2007)
Rohner-Staubli Susanne (2005)
Kobler Walter (2015; bis 31.05.2017)
Giuliani Piergiorgio, 1958, lic. iur., Rechtsanwalt, Teufen (2006/2017)
Louis Patrik (2012/2017)
Ludwig Felix, 1969, lic. iur., Rechtsanwalt, Herisau (2017)
Ersatzmitglieder:
Cavelti Fidel, 1971, lic. iur., Rechtsanwalt, Heriau (2017)
Winiger Marc, Dr. iur. (2017)

Anwaltsprüfungskommission

Joos Markus, 1959, lic. iur., Rechtsanwalt, Herisau (1998; Präsident seit 2014)

Zingg Ernst, 1956, lic. iur., Obergerichtspräsident, Gais (1992)

Schittli Barbara, 1964, lic. iur., Obergerichtsschreiberin, Speicher (2003)

Sutter Peter, 1957, Dr. iur., Rechtsanwalt, Heiden (2006)

Oberholzer Bernhard, 1969, lic. iur., Rechtsanwalt, Gais (2016)

Ersatzmitglieder:

Bienz Toni, 1954, lic. iur., Obergerichtsschreiber, Teufen (2007; bis 30.09.2017)

Kobler Walter, 1960, lic. iur., Obergerichtsvizepräsident, Heiden (2007)

Winiger Marc, 1980, Dr. iur., Oberrichter, Teufen (seit 1.10.2017)

Aktuariat: Schittli Barbara, lic. iur., Obergerichtsschreiberin

Gerichtsschreiber / innen:

Bienz Toni, lic. iur. (Teilzeit 80 %; bis 30.09.2017)

Schittli Barbara, lic. iur. (Teilzeit 65 %)

Widmer Barbara, Fürsprecherin (Teilzeit 55 %)

Kürsteiner Joachim, lic. iur. (Teilzeit 85 %)

Epprecht Monika, lic. iur. (Teilzeit 50 %)

Mauerhofer Annika, lic. iur. (Teilzeit 50 %)

Hofmann Daniel, lic. iur. (seit 1.10.2017)

Praktikant:

Lavelanet Nicolas, MLaw

Sekretariat:

Rechsteiner Matthias

Rohrer Elisabeth (Teilzeit 70 %)

Seiler Silke (Teilzeit 60 %)

Kantonsgericht

Gebert Pius, 1959, Dr. iur., Teufen, Präsident (2007)

Ziegler Eva, 1953, Dr. oec. LL.M., Walzenhausen, Vizepräsidentin (2003; bis 31.07.2017)

Hüsser Manuel, 1975, Dr. iur., Gais, Vizepräsident (2011)

Nordin Caroline, 1966, lic. iur., Trogen, Vizepräsidentin (seit 01.08.2017)

Caroni Vera, 1949, lic.oec. HSG, Grub (2002; bis 31.05.2017)

Federer Brunner Ursula, 1955, kant. appr. Heilpraktikerin/Akupunkteurin, Speicher (2003)

Cavelti-Zumbühl Gabriela, 1968, lic. phil. II, Speicher (2005)

Kreutzinger Johann, 1950, Dr. rer. nat., Diplomphysiker, Rehetobel (2007; bis 31.05.2017)

Aemisegger-Lutz Verena, 1967, Landwirtin, Lutzenberg (2011)

Breu Rolf, 1963, Application Engineer, Heiden (2011)

Hanselmann Ursula, 1952, Geschäftsleiterin, Trogen (2012)
Geser Kurt, 1960, Leiter Immobilien, Rechtsagent, Herisau (2012)
Manser Angelina, 1981, Dozentin, Waldstatt (seit 01.06.2017)
Rentsch Martin, 1975, Dipl. Rechtsassistent HF, Heiden (seit 01.06.2017)

Gerichtsschreiber / innen:

Dörig Daniela, lic. iur., Geschäftsleiterin
Gmünder Evelyne, Dr. iur. (Teilzeit 30 %)
Hug Eveline, MLaw
Kern Thomas, MLaw (bis 28.02.2017)
Louis Alexander, MLaw, (befristet von 01.04.2017 bis 31.10.2017)
Badilatti Beatrice, MLaw (seit 01.11.2017, Teilzeit 50 %)
Frehner Gabriela, MLaw (seit 01.11.2017, Teilzeit 50 %)

Praktikant / innen:

Gstrein Stephanie, MLaw (bis 31.03.2017)
Frischknecht Tanja, MLaw (bis 31.10.2017)
von Aarburg Stefan, MLaw (bis 31.10.2017)
Sinanovic Erna, MLaw (seit 01.04.2017)
Pavataj Burim, M.A. HSG (seit 01.11.2017)
Klinger Roland, MLaw (seit 01.11.2017)

Sekretariat:

Steiner Yvonne
Schefer-Frick Erika (Teilzeit 70 %; bis 31.07.2017)
Tanner-Schläpfer Cornelia (Teilzeit 50 %)
Wüst-Graf Irene (Teilzeit 70 %)
Strässle-Tobler Andrea (Teilzeit 80 %)
Benz-Koller Rebecca (Teilzeit 40 %)
Kieninger Beatrice (Teilzeit 70 %, seit 01.07.2017)

Vermittlerämter

Kreis 1 (Gemeinden Herisau, Hundwil, Schönengrund, Schwellbrunn, Waldstatt, Stein, Urmäsch)
Rechsteiner Christian, Teufen
Kreis 2 (Gemeinden Bühler, Gais, Speicher, Teufen, Trogen)
Sigg-Bischof Pascale, Teufen
Kreis 3 (Gemeinden Grub, Heiden, Lutzenberg, Rehetobel, Reute, Wald, Walzenhausen, Wolfhalden)
Hofmänner Christian, Gais

Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht

Bühler Thomas, 1950, Rechtsagent, Rehetobel, Präsident (2010)
Sigg-Bischof Pascale, 1966, Vermittlerin, Teufen, Präsident-Stellvertreterin (2016),
Vermietervertreterin (2014)
Keel Benno, 1957, Leiter Amt für Volkswirtschaft, Herisau, Mietervertreter (1999)
Lampert Hansjörg, 1949, Betriebsangestellter, Herisau, Mietervertreter (2009)
Hofstetter Martin, 1981, Immobilienverwalter, Teufen, Vermietervertreter (2010)
Walt Martin, 1959, Immobilienbewirtschafter, Bühler, Vermietervertreter (2012)
Selmanaj Ilir, 1967, Geschäftsleiter, Trogen, Mietervertreter (2016)

Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben

Bühler Thomas, 1950, Rechtsagent, Rehetobel, Präsident (2011)
Sigg-Bischof Pascale, 1966, Vermittlerin, Teufen, Präsident-Stellvertreterin,
Arbeitnehmervertreterin (2016)
Keel Benno, 1957, Leiter Amt für Volkswirtschaft, Herisau, Arbeitgebervertreter (2011)
Lampert Hansjörg, 1949, Betriebsangestellter, Herisau, Arbeitnehmervertreter (2011)
Signer-Füger Imelda, 1957, Kindergärtnerin/Familienfrau, Herisau,
Arbeitnehmervertreterin (2011)
Saladin Sara, 1988, Betriebsleiterin, Gais, Arbeitgebervertreterin (2014)
Zähner Paul, 1975, Unternehmer, Herisau, Arbeitgebervertreter (2014)

Aktuarial:

Zorman Jasmine, lic. iur. (40 %); Geschäftsleitung
Lutz-Sult Cornelia, lic. iur. (10 %)

Sekretariat:

Manser Rahel (30 %)

Konkursamt des Kantons Appenzell Ausserrhoden

<u>Zweigstelle Teufen</u>	<u>Zweigstelle Heiden</u>
Schläpfer Fredy	Platzer Claudius
Stv. Platzer Claudius	Stv. Schläpfer Fredy

